

2013

GESCHÄFTSBERICHT
ZUKUNFT HEISST KOOPERATION





INHALT

Vorwort des Finanzministers	4
Vorwort der Geschäftsführung	6
Bericht des Aufsichtsrates	8
Unternehmensdarstellung	12
Das IT-Dienstleistungszentrum der Verwaltung	12
Die BRZ-Strategie	12
BRZ-Erfolgsfaktoren	14
Kosteneffizienz	
Qualität & Sicherheit	
Kunden- und Serviceorientierung	
Innovation	
Partner der Wirtschaft	19
Projekt-Highlights 2013	20
BRZ-Meilensteine 1997-2013	24
Konzernlagebericht	28
Konzernabschluss	38
Konzernbilanz	
Konzern-Gewinn- & Verlustrechnung	
Konzern-Kapitalflussrechnung	
Darstellung der Komponenten des Eigenkapitals	
Konzernanhang	46
Rechtliche Grundlagen	
Konsolidierungsgrundsätze	
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	
Sonstige Angaben	
Organe des Mutterunternehmens	
Anlagenspiegel	
Bestätigungsvermerk	
Impressum	60

VORWORT DES FINANZMINISTERS



Informationstechnologie und E-Government spielen eine wesentliche Rolle und sind ein unverzichtbarer Katalysator für die drei Hauptziele der Strategie der Bundesregierung:

- Erzielen eines ausgeglichenen Haushalts bis 2016
- Forcieren von Investitionen in Infrastruktur für Wachstum und Beschäftigung
- Strukturreformen in der öffentlichen Verwaltung

Die Verwaltung muss nachhaltig schlanker, dynamischer und stärker gemacht werden. Das erfordert eine effiziente und flexible Organisation, eine kontinuierliche Beschleunigung der Arbeitsabläufe und eine qualifikationsorientierte, restriktive Personalpolitik. Gleichzeitig sollen die Verwaltungsbediensteten die Qualität der Bürgerservices auf hohem Niveau sicherstellen und alle ihre klassischen und neuen Aufgaben effektiv erledigen.

Sie werden dabei durch eine Vielzahl von technischen und organisatorischen Neuerungen unterstützt, allen voran durch den Einsatz und Ausbau der Informationstechnologie, die viele Reformschritte, ob es um einfachere Abläufe, schnellere Verfahrensabwicklung oder Zusammenlegung von Ämtern und Behörden geht, rascher durchführbar oder überhaupt erst möglich macht.

Aktuell liegt der Fokus auf der Kostenkontrolle. Alle Modernisierungsprojekte, Reformen und Rationalisierungsmaßnahmen sind unter dem Primat der Reduktion der Verwaltungskosten zu bewerten. Der IT-Einsatz muss sich nicht nur rechnen, er muss nennenswerte Effekte für das Verwaltungsbudget liefern; und der IT-Einsatz muss selbst kostengünstig gestaltet und rationell durchgeführt werden.

Der Ausbau des E-Governments muss zur Steigerung der Effizienz des staatlichen Handelns beitragen, zu straffen Organisationsstrukturen und zu Einsparungen, die in einer Vielzahl von Verwaltungsbereichen vorzunehmen sind.

Die Verwaltungsreform ist der Bundesregierung ein besonderes Anliegen. Zum einen ist eine bürgernahe und wirtschaftsfreundliche Verwaltung notwendig, auch um damit den Standortvorteil für Österreich zu festigen. Zum anderen muss sich eine moderne öffentliche Verwaltung ständig weiterentwickeln, um die

gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen zu bewältigen. Die Verwaltung und ihre Infrastruktur müssen auch innovative Technologien einsetzen, damit sie gesellschaftlichen Neuerungen vorangehen, diese ermöglichen und einleiten, Chancen eröffnen, Hindernisse beseitigen und neue Freiräume schaffen.

Die jüngsten und wichtigsten Beispiele dafür sind die E-Rechnung und das Unternehmensserviceportal. Die Möglichkeit, hunderte Millionen Papierrechnungen durch elektronische Rechnungen zu ersetzen, hilft den Unternehmen und der Verwaltung, Prozesse zu optimieren und Kosten zu reduzieren. Die Verwaltung setzt mit der E-Rechnung an den Bund einen Impuls zur generellen Verbreitung der elektronischen Rechnung.

Die E-Rechnung ist die gesellschaftlich weitreichendste Entwicklung des IKT-Konsolidierungsgesetzes, eine ganze Reihe weiterer Projekte der Standardisierung und Konsolidierung der IKT-Infrastruktur der Verwaltung werden mit dem Gesetz vorangetrieben.

Die BRZ GmbH ist in diesen Entwicklungen der starke E-Government-Partner des Bundes, der mit verlässlicher Qualität und kosteneffizienten Lösungen sowohl zum Haushaltsziel des Bundes beiträgt, als auch mit Innovationskraft die Reformstrategie der Bundesregierung unterstützt und die hervorragende Stellung Österreichs im europäischen E-Government-Ranking sichert. Darüber hinaus ist die Bedeutung der hervorragenden Sicherheitsstandards der BRZ GmbH lange nicht so deutlich geworden wie im Lichte der weltweiten öffentlichen Diskussionen über die Sicherheit der Bürgerdaten im letzten Jahr.

Als Eigentümervertreter gilt mein Dank dem Unternehmen und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren engagierten Beitrag zum Erfolg des Geschäftsjahres 2013.



*Dr. Michael Spindelegger
Vizekanzler und Bundesminister für Finanzen*

VORWORT DER GESCHÄFTSFÜHRUNG



SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN,

die BRZ GmbH hat ihre operativen und strategischen Ziele für das Jahr 2013 erfüllt. Die Basis dafür waren die hohe Servicequalität und kontinuierlich verbesserte Kosteneffizienz. Die BRZ GmbH hat sich wieder als professioneller und sicherer E-Government-Partner bewiesen, der als Konzerndienstleister dem nachhaltigen Erfolg seines Kunden und Eigentümers Bund verpflichtet ist.

Das beherrschende Thema im Umfeld der BRZ GmbH war im Jahr 2013 die Sicherheit der Daten der Bürger in privaten und öffentlichen Netzwerken. Der zentrale Stellenwert der Sicherheit im Qualitätsmanagement der BRZ GmbH, die höchsten Standards in der Datenhaltung und -verarbeitung und das ISO-zertifizierte Informationssicherheitsmanagementsystem haben sich in dieser Zeit der öffentlichen Diskussionen von Sicherheitsrisiken der Sozialen Medien, aber auch der privaten und staatlichen Netze, hervorragend bewährt.

Die BRZ GmbH und ihre E-Government-Services waren in dieser Zeit niemals selbst Gegenstand der öffentlichen Sicherheitsdiskussionen. Das bekräftigt das Image und die Rolle der BRZ GmbH als hochsicherer IKT-Dienstleister der Verwaltung.

Die BRZ GmbH ist aktiver Partner in allen Kooperationen, in denen die Verwaltung Abstimmung, Erfahrungsaustausch und konkrete Zusammenarbeit für die Prävention, Abwehr und Behandlung von Bedrohungsszenarien der Informationssicherheit betreibt.

Die Aufrechterhaltung und ständige Weiterentwicklung dieser zentralen Rolle und der höchsten Standards, vor allem auch bei den Produktinnovationen wie Mobility Services, sind nicht nur eine Herausforderung technischer Lösungskompetenz, sondern stehen immer auch unter dem generellen Primat der Kosteneffizienz.

Das Generalthema der Budgetkonsolidierung fokussiert die E-Government-Services sowohl auf Wirkungsorientierung bezüglich der Prozesskosten der Verwaltung als auch auf die IT-Kosten der Services selbst. Dass dabei die Informationssicherheit kein Kandidat für Abstriche ist, erhöht den Druck auf die Kostenseite des gesamten Servicebetriebes. Die Leistungs- und Entwicklungsprozesse der BRZ GmbH werden dafür auf Software-Industrialisierung, auf Standardisierung sowie Automatisierung ausgerichtet. Die BRZ GmbH hat hier mit ihrer More-for-less-Strategie Jahr für Jahr beträchtliche Preiseffekte für die Kunden erzielt.


Die BRZ GmbH ist als zentraler Shared-IT-Service-Provider des Bundes ganz besonders vom Kostendruck und Innovationsbedarf der Kunden gefordert und erfüllt ihre Aufgabe mit effektiven Innovationen, steigender Produktivität und Kosteneffizienz.

Der Kostendruck der Kunden wird im Jahr 2014 und den folgenden eher steigen als sinken – als Auswirkung der konsequenten Umsetzung des Stabilitätsprogrammes durch die Bundesregierung. Strukturelle Anpassungen mit Fokus auf Kosteneffizienz und flexibles Reagieren auf neue Auftragslagen werden im Zentrum unserer Geschäftsstrategien stehen.

Wir bedanken uns bei allen Kunden und Geschäftspartnern für die erfolgreiche Zusammenarbeit im Jahr 2013. Besonderer Dank gilt allen BRZ-Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die mit ihrer Leistung und ihrem großen Einsatz für unser Unternehmen den Erfolg des Jahres 2013 erst möglich gemacht haben.



*DI Roland Jabkowski, MBA
Geschäftsführer*



*Mag.ª Christine Sumper-Billinger
Geschäftsführerin*

BERICHT DES AUFSICHTSRATES ÜBER DAS GESCHÄFTSJAHR 2013



Der Aufsichtsrat hat sich regelmäßig mit den Berichten der Geschäftsführung über den Gang der Geschäfte und die Lage des Unternehmens informiert. Das Geschäftsvolumen ist gegenüber 2012 wieder angestiegen. Der Aufsichtsrat hat laufend seine Aufgaben der Informations- und Kontrollpflicht wahrgenommen, insbesondere in den vier Quartalssitzungen.

Der Aufsichtsrat hat zusammen mit der Geschäftsführung die Strategie der BRZ GmbH einem jährlichen Review unterzogen. Das Jahresprogramm für die Umsetzung der Strategie wurde weiter auf Kosteneffizienz und Innovation ausgerichtet sowie auf Standardisierung und Kooperation.

Der Prüfungsausschuss des Aufsichtsrates hat sich in zwei Sitzungen eingehend über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses informiert, sowohl an Hand der Berichte der Geschäftsführung als auch unabhängig davon durch den Bericht des Wirtschaftsprüfers; der Prüfungsausschuss hat seinerseits dem Aufsichtsrat über die Ergebnisse zeitnah und umfassend berichtet.

Der Prüfungsausschuss hat sich darüber hinaus detailliert und umfassend über das Interne Kontrollsystem, das Risikomanagement und das Prüfprogramm der Internen Revision informiert.

Dem Jahresabschluss zum 31.12.2013 wurde vom Abschlussprüfer, der Deloitte Audit Wirtschaftsprüfung GmbH, Renngasse 1, 1010 Wien, der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk der Wirtschaftsprüfer erteilt. Der Aufsichtsrat billigte nach eingehender Prüfung den Jahresabschluss 2013 und empfahl der Gesellschafterversammlung dessen Feststellung.

Vier Aufsichtsräte sind 2013 aus dem Gremium ausgeschieden, Dr. Wilfried Pinggera, bis dahin mein Stellvertreter als Vorsitzender, Dr. Wolfgang Fellner, der dienstälteste Aufsichtsrat, und Dkfm. Eduard Müller, alle drei als Kapitalvertreter. Vom Betriebsrat entsandt war Frau Christa Matusich. Im Namen des Aufsichtsrates möchte ich mich bei Ihnen allen für ihr langjähriges Engagement und Mitwirken an der Entwicklung und dem Erfolg des Unternehmens bedanken. Neu in den Aufsichtsrat entsandt wurden Dr. Josef Bosina, der auch die Funktion des stellvertretenden Vorsitzenden wahrnimmt, Mag. Aleksandra Izdebska und Mag. Alexandra Nussbaumer als Kapitalvertreter. Herr Ercüment Aytac, MSc wurde vom Betriebsrat entsandt.

Ich danke allen Mitgliedern des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der BRZ GmbH für den engagierten Einsatz und die hochwertige Arbeit für unsere Kunden.

Wien, Mai 2014



Mag. Georg Schöppel
Vorsitzender des Aufsichtsrates

UNTERNEHMENS DARSTELLUNG

UNTERNEHMENS DARSTELLUNG

DAS IT-DIENSTLEISTUNGSZENTRUM DER VERWALTUNG

In den letzten Jahren war es unter dem Motto „More for less“ oberstes Ziel des BRZ, maximale Kosteneffizienz bei gleichzeitiger Steigerung der Servicequalität zu erreichen.

Mit dem IKT-Konsolidierungsgesetz (IKT-KonG) hat die Bundesregierung eine gesetzliche Basis für den verstärkten Einsatz von einheitlichen, standardisierbaren und somit kostengünstigeren Lösungen geschaffen. Die dem Bundesrechenzentrum dabei vom Gesetzgeber zugedachte Schlüsselrolle hat eine bedeutende Veränderung der strategischen Rahmenbedingungen des Unternehmens bewirkt.

Im Sinne der Intensivierung des Kontaktes im Kernmarkt zur Verbreitung bzw. Vertiefung der BRZ-Kundenstruktur war das Jahr 2013 gekennzeichnet durch eine evolutionäre Weiterentwicklung der BRZ-Strategie vom reinen „IT-Dienstleister“ in Richtung „Konsolidierungs- und Kooperationspartner“ der Bundesverwaltung.



DIE BRZ-STRATEGIE: „ZUKUNFT HEISST KOOPERATION“

Als Kooperations- und Konsolidierungspartner unterstützt das BRZ laufend die Optimierung von Verwaltungsprozessen und die Erreichung der Einsparungsziele in der IT der Bundesverwaltung.

partnerschaftlich. Wir unterstützen als Integrator die Kooperation in der Verwaltung. Gemeinsam mit unseren Kunden forcieren wir die Konsolidierungsbestrebungen im Bund.

innovativ. Wir bringen innovative Lösungskonzepte für zukünftige IKT-Bundesstandards ein, unsere Lösungen orientieren sich an den IKT-Bundesstandards.

sicher. Wir sichern mit unseren Lösungen die Funktionsfähigkeit der Verwaltung. Dabei bieten wir das höchste Sicherheitsniveau – das bestätigen uns Zertifikate und unabhängige Gutachter.

vertrauenswürdig. Die 100%-ige Eigentümerschaft des Bundes macht das BRZ zum vertrauenswürdigsten IT-Dienstleister und verpflichtet uns zur Transparenz unseren Kunden gegenüber.

kompetent. Das Wissen unserer Mitarbeiter/innen über Verwaltungsprozesse und E-Government-Architektur macht uns zum idealen Partner für Verwaltungsreform und -modernisierung.

kosteneffizient. Mit unserem Shared-IT-Services-Konzept nutzen wir Synergien und bieten das beste Preis-Leistungsverhältnis. Laufende Marktvergleiche sind uns ein Maßstab.

Strategie und Umsetzung

Die Strategie wird in jährlichen Reviews der Geschäftsführung mit dem Aufsichtsrat aktualisiert und in Jahresprogrammen umgesetzt. Über die Realisierung der konkreten strategischen Initiativen wird quartalsweise an den Aufsichtsrat und den Eigentümer berichtet. 2013 wurde eine strategische Offensive zum Einsatz führender Technologien und Automatisierungen in Architektur, Entwicklung, Test und Betrieb innovativer E-Government-Services betrieben.

DAS BRZ IN ZAHLEN

2013

Umsatz 2013 in Mio. Euro	283,6
Mitarbeiter/innen in VBÄ	1.218
Betriebsstandorte	1.200
Betreute IT-Arbeitsplätze	> 30.000
Implementierte IT-Lösungen	> 300
Nutzer der BRZ IT-Services	> 5.000.000
Host-Leistung	> 7.000 Mips
Server	> 3.000
Gespeicherte Daten	> 1.800 Terabyte

BRZ-ERFOLGSFAKTOREN

Das BRZ, als IT-Dienstleistungszentrum für Verwaltungsmodernisierung und -reform, verfolgt kontinuierlich effektive Strategien zur Unterstützung seiner Kunden. In den letzten Jahren wurden umfassende Initiativen gesetzt, um die Kosteneffizienz und Produktivität des Unternehmens nachhaltig zu steigern. Auch 2013 konnten wir die IT-Kosten für unsere Kunden bei gleichzeitigem Ausbau von Qualität und Sicherheit weiter senken. Zusätzlich hat sich das BRZ als Innovationspartner weiter etabliert. Die Kunden- und Serviceorientierung ist dabei für das BRZ der entscheidende Erfolgsfaktor.

Erfolgsfaktor Kosteneffizienz

Angesichts knapper Haushalte in der Verwaltung setzt das BRZ seit Jahren auf maximale Kosteneffizienz bei gleichzeitiger Erhöhung der Servicequalität. Oberstes Ziel ist es, die Kunden bei der Erreichung ihrer Einsparungsziele bestmöglich zu unterstützen. Dabei ist es gelungen, die IT-Kosten des Bundes durch Effizienz- und Produktivitätssteigerung deutlich zu senken: Seit dem Jahr 2008 konnte das BRZ für seine Kunden insgesamt mehr als 180 Mio. Euro an IT-Kosten einsparen. Erreicht wurde dieses Ergebnis durch konsequente Standardisierung, Virtualisierung, Konsolidierung, Automatisierung, Bündelung und Wiederverwendung – also durch den Einsatz industrieller Methoden.

2013 gelang es dem Unternehmen, die IT-Kosten für seine Kunden um durchschnittlich 2,2% bzw. 5 Millionen Euro zu reduzieren.

	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Durchschnittliche Preisänderung in %	-5,1	-2,7	-5,2	-6,0	-2,1	-2,2
Änderung in Mio. Euro	-10,3	-5,3	-10,6	-12,0	-4,4	-5,0

Auch BRZ-intern wurden in den letzten Jahren zahlreiche Maßnahmen zur Kosteneffizienzsteigerung umgesetzt. Im Folgenden einige erfolgreiche Projekte, die im Unternehmen bzw. gemeinsam mit unseren Kunden realisiert wurden.

BRZ-Projekte

Green-IT-Initiative

Das BRZ hat 2010 – mit der Vision „das grünste Rechenzentrum Österreichs“ zu werden – ein umfassendes Green-IT-Maßnahmenpaket initiiert. Das Ziel, eine signifikante Reduktion des Energieverbrauchs zu erreichen, wurde auch 2013 konsequent weiterverfolgt und somit konnte die nachhaltige 25%-ige Einsparung beibehalten werden. Das entspricht einer Kostenreduktion von etwa 720.000 Euro pro Jahr.

Aufgrund technischer Modernisierungen und organisatorischer Optimierungen in der BRZ-Haustechnik, wurde 2013 im Vergleich zum Jahr 2012 der Fernwärmeverbrauch um nahezu 30% reduziert. Hauptfaktoren für dieses Ergebnis waren Optimierungen der Betriebszeiten, der Raumtemperatur sowie der Einbau zusätzlicher Wärmetauscher und Luftgütesensoren. Der nachhaltige Kosteneffekt aus den Verbrauchsreduktionen der Fernwärme liegt somit gegenüber dem Referenzjahr 2009 bei etwa 320.000,- Euro pro Jahr.

Facility Management

Durch die seit 2011 getätigten Investitionen zur Modernisierung der haustechnischen Anlagen und die kontinuierliche Verbesserung im Betrieb hat das BRZ die Kosten für seine Systemräume seit 2011 um etwa 16% gesenkt.

Mit dem Abschluss der Modernisierung des BRZ-Bürostandortes Hintere Zollamtsstraße 4 konnten alle umliegenden Ausweichstandorte abgemietet werden. Die Standortkonsolidierung wurde somit erfolgreich umgesetzt und 2013 eine Senkung der Bürokosten um etwa 25% erreicht.

Elektronische Rechnungslegung

2013 wurde die Rechnungslegung an die Bundeskunden – das betrifft weit über 90% unseres Geschäftes – auf die e-Rechnung des Bundes umgestellt. Damit erfolgen die Prozesse auf beiden Seiten, die Datenaufbereitung und Übermittlung auf Seiten der BRZ GmbH, und die Entgegennahme und Bearbeitung auf Seiten der Kunden, elektronisch in den genormten Formaten. Das bewirkt beim BRZ eine Beschleunigung der Durchlaufzeiten um rund 10%.

Kundenprojekte

Effizienzsteigerung Justiz 2013

Im Rahmen des Justiz-Migrationsprojekts von einer Mainframe-Plattform auf eine Unix-Plattform inklusive Datenbankwechsel wurden in den Jahren 2012 und 2013 bis auf zwei bereits sämtliche Justizapplikationen erfolgreich auf die neue Plattform migriert.

Dadurch werden für die Justiz bereits jetzt ca. 130.000,- Euro pro Monat an Betriebskosten eingespart und für Zukunftsprojekte freigespielt.

Produktionsbetrieb Haushaltsmanagement des Bundes (HV-SAP)

Im Jahr 2013 wurden im Verfahren Haushaltsmanagement des Bundes zusätzliche Funktionen wie Finanzierungs- und Ergebnisrechnung, die Anlagenwirtschaft für alle Ressorts, die e-Gebahrung und die e-Rechnung, neue Clientkomponenten für SAPGui, Web und Portal sowie neue Sicherheitssysteme eingebaut. Gleichzeitig wurde die produktive Benutzeranzahl am System von 6400 auf 7800 gesteigert. Der Personaleinsatz und die Kosten im Betrieb dieser Lösung blieben aber auf dem gleichen Niveau, sodass die Vollkosten pro User im Monat von 107,- Euro auf 90,- Euro gesenkt werden konnten.

Produktionsbetrieb Personalmanagement des Bundes (PM-SAP)

Im Verfahren Personalmanagement des Bundes wurden 2013 Employee-Selfservice-Funktionalitäten für Jahreslohnzettel, Gehaltsnachweis und andere Drucksorten für alle Bundesbediensteten implementiert. Dadurch reduzieren sich die Druck- und Versandkosten für nun nicht mehr notwendige postalische Zustellungen um ca. 200.000,- Euro pro Jahr.

Asylgerichtshof

2013 wurde IT-Infrastruktur des Asylgerichtshofs in das BRZ-Parallelrechenzentrum (PRZ) in Wien Erdberg integriert. Über Vermittlung des Bundeskanzleramtes beauftragte der Asylgerichtshof das BRZ, die zu seiner IT-Unterstützung eingerichteten Server unterzubringen. Damit konnte weiteres Zusatzgeschäft im Housingbereich des BRZ-Parallelrechenzentrums generiert werden.

Erfolgsfaktor Qualität & Sicherheit

Im Jahr 2013 wurde aufgrund der allgemeinen Warnung vor Schwachstellen bei Standard-Softwareprodukten das Vulnerability-Management professionalisiert. Die rasche Erkennung von Schwachstellen und deren konsequente, unverzügliche Beseitigung standen im Mittelpunkt der Abwehr gegen Angriffe auf die IT-Systeme. Die intensive Vernetzung mit anderen Sicherheitsorganisationen wie dem Gov-CERT, dem Cyber Security Forum des Kuratoriums Sicheres Österreich, der A-SIT und auf internationaler Ebene dem Arbeitskreis Sicherheit der Arbeitsgemeinschaft der Leiter deutscher Datenzentren (ALD) führten zu erfolgreichen Kooperationen im Dienste der Cybersicherheit. Im Oktober 2013 wurde der neue Standard ISO 27001 (Version 2013) freigegeben und das BRZ hat die Vorbereitung des Informationssicherheits-Managementsystems (ISMS) für eine Rezertifizierung nach diesen neuen Vorgaben intensiv vorangetrieben.

Im Qualitätsmanagement wurde die Umsetzung der Ergebnisorientierung der Prozesse weiter entwickelt, um den Ansprüchen der BRZ-Kunden bestmöglich zu entsprechen. In sogenannten Quality-Gates werden die Ergebnisse der Prozesse auf Erfüllung der Anforderungen geprüft und damit die Qualität entlang der Leistungskette überwacht. Das Auditwesen wurde auf anlassbezogene Audits ausgerichtet, um bei auftretenden Qualitätsmängeln kurzfristig die Ursachenfeststellung einzuleiten und Verbesserungsmaßnahmen zu setzen.

Das Qualitäts-Managementsystem nach ISO 9001 wurde rezertifiziert und das 10-jährige Jubiläum der ISO 9001-Zertifizierung mit einer Ehrenurkunde von Quality Austria gewürdigt. Die Zertifizierung des ISMS nach ISO 27001 wurde unter besonderer Erwähnung der sehr positiven Weiterentwicklung bestätigt.

Erfolgsfaktor Kunden- und Serviceorientierung

Die Intensivierung des Kontaktes im Kernmarkt zur Verbreiterung bzw. Vertiefung der BRZ-Kundenstruktur unterstützt die evolutionäre Weiterentwicklung der BRZ-Strategie in Richtung „Konsolidierungs- und Kooperationspartner“ der Bundesverwaltung. Dazu wurde die Ausrichtung vor allem bei den strategischen Zielen im Kundensegment angepasst. Schlüsselthemen sind die Steigerung der Attraktivität als IT-Dienstleistungszentrum durch verstärkte Kooperation und die Unterstützung der Konsolidierungsbestrebungen im Bund. Ein strukturierter Dialog mit potentiellen Partnern, die Optimierung von Produkt- und Demand Management sowie das Anbieten von attraktiven Shared-IT-Services unterstützen die Umsetzung dieses strategischen Ziels.

Das BRZ setzte 2013 insbesondere standardisierbare IKT-Lösungen des Bundes aus dem IKT-Konsolidierungsgesetz und dem Bundeshausaltsgesetz konsequent um. Die umfassende IT-Partnerschaft mit BMF, BMJ und BMASK wurde weiter ausgebaut sowie die Zusammenarbeit mit weiteren Ressorts wie BM.I und BMLVS verstärkt.

Der Schlüssel für die erfolgreiche Umsetzung liegt in einer engeren Zusammenarbeit aller Beteiligten – einer tiefgehenden Kooperation basierend auf Offenheit und Transparenz.

2013 erfolgten erste Umsetzungen aus der erweiterten BRZ-Strategie:

Bundesministerium für Inneres (BM.I)

Mit dem Auftrag, das Shared-IT-Service des BRZ „Duale Zustellung“ im BM.I zu implementieren, hat das BRZ einen weiteren Bundeskunden gewonnen. Die „Duale Zustellung“ wird dadurch de facto zu einem Bundesstandard. Im erfolgreich geführten Angebotsprojekt konnte das BRZ sowohl technische als auch kaufmännische Marktkonformität beweisen.

Der „Standardisierte IT-Büroarbeitsplatz in der Bundesverwaltung“ wird im Auftrag des BMF umgesetzt. 2013 wurde die Nutzung und Weiterentwicklung der vom BM.I entwickelten Arbeitsplatzumgebung ressortübergreifend zwischen BMF, BM.I sowie dem BRZ vereinbart und wird als Kern der Client-Architektur des Bundes realisiert.

Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport (BMLVS)

Das BMLVS und das BRZ haben 2013 ihre Zusammenarbeit intensiviert. Es wurden Potenziale und Möglichkeiten potentieller Kooperationen im Umfeld des IKT-Konsolidierungsgesetzes identifiziert. Ein in der strategischen Bedeutung wesentliches Projekt ist die BRZ-Nutzung von BMLVS-Serverräumen (Stiftskaserne) für den Elektronischen Akt (ELAK).

Bundesverwaltungsgericht (BVwG)

Basierend auf der erfolgreichen Zusammenarbeit mit dem Asylgerichtshof hat sich das BRZ als Trusted Advisor für das neu gegründete Bundesverwaltungsgericht (BVwG) etabliert. Erfolgreich umgesetzt wurden die Erweiterungen der bestehenden Fachapplikation und das Shared-IT-Service „Bundes-Content-Management-System“.

Bundesministerium für Gesundheit (BMG/ELGA)

Das BRZ etablierte sich 2013 erfolgreich im Geschäftsfeld „eHealth“ in Kooperation mit dem BMG. Bereits realisiert sind Betrieb und Weiterentwicklung von www.gesundheit.gv.at und zahlreiche Hosting-Lösungen. Weiters wurde das BRZ per Verordnung von Dezember 2013 als Betreiber des ELGA-Berechtigungs-gesetzes festgelegt.

Erfolgsfaktor Innovation

Das BRZ setzt sich im Rahmen der strategischen Initiativen und des F&E Programms laufend mit Innovationen auf dem IT-Markt auseinander. So sind wir in der Lage, das gewonnene Know-how zeit- und systemgerecht für unsere Kunden aufzubereiten und zur Verfügung zu stellen.

Die BRZ-Schwerpunktthemen 2013 umfassten die IT-Trends Big Data, Cloud-Computing, Mobility und Webtechnologien.

Jährlich werden zu diesen Themen konkrete Projekte, die für zukünftige E-Government-Services Bedeutung erlangen könnten, zur Technologieerprobung und -bewertung durchgeführt.

Big Data

Die bisherigen Realisierungen aus dem Bereich Big Data bestehen vorwiegend in Produkten im Business Intelligence- und ERP-Umfeld.

Das BRZ hat diese Produkte im Rahmen des F&E Programms auf ihre Einsatzfähigkeit untersucht und dadurch an Know-how gewonnen, das bei der Bearbeitung neuer Geschäftsfelder und der Kundenberatung angewendet werden kann.

Cloud-Computing

Cloud Computing hat mittlerweile einen hohen Reifegrad erreicht. Nachdem die Anbieter gelernt haben, die regulatorischen Anforderungen der jeweiligen Kunden in den Produkten umzusetzen, sind starke Marktzuwächse zu verzeichnen. Der Trend heißt Anything-as-a-Service (XaaS).

Im Business-Intelligence-Umfeld hat das BRZ alle notwendigen Aspekte für den Betrieb eines Business-Intelligence-as-a-Service-Modells geprüft, um den Kunden solche skalierbaren Lösungen als Shared Service zur Verfügung stellen zu können.

Mobility

Aufbauend auf der Referenzarchitektur für mobile Geräte im Jahr 2012 wurden im Jahr 2013 Mobile-Device-Management-Systeme und Containerlösungen für das Management mobiler Geräte, vor allem auch hinsichtlich Bring-your-own-Device, getestet. Eine technologische Lösung für den sicheren Betrieb eines gekapselten Unternehmenscontainers auf privaten Endgeräten ist betriebsbereit verfügbar.

Neue Webtechnologien

Der zukünftige Webstandard HTML5 wird viele Webanwendungen erheblich verbessern und neue Funktionalitäten ermöglichen.

Im BRZ wurden frühzeitig Analysen über den Einsatz dieser Technologien durchgeführt. Die Ergebnisse lassen einerseits eine deutlich bessere Ressourcenausnutzung durch eine zielgerichtete Client-/Server-Kommunikation erwarten, andererseits wird im SAP-ERP-Umfeld die Unterstützung für verschiedene Endgeräte, auch Smart Devices möglich. Hier liegt mit HTML5 ein wichtiger Baustein für die Weiterentwicklung von E-Government in der Verwaltung.

BRZ – PARTNER DER WIRTSCHAFT

Ein weiteres wichtiges Erfolgskriterium für die Bundesrechenzentrum GmbH sind die strategischen Partnerschaften mit der Privatwirtschaft.

Weit mehr als die Hälfte des Leistungsvolumens des BRZ geht unter kontrollierten Wettbewerbsbedingungen, in Form von transparenten Vergabeverfahren direkt an den IT-Markt - mit einer breiten Streuung und Einbeziehung von kleinen und mittelgroßen Unternehmen (KMU).

Strategische Kooperationen mit der Privatwirtschaft als wichtiges Erfolgskriterium

726	Wirtschaftspartner erbringen Leistungen & Services für das BRZ
162 Mio. Euro	Fremdleistungen aus der Wirtschaft im Jahr 2013 = > 57 % der Gesamtleistung des BRZ
152	Geschäftspartner erzielten jeweils mehr als 50.000,- Euro Jahresumsatz
230	Full-Time-Jobs wurden 2013 von externen Partnern zugekauft = 15 % der gesamten Personalleistung des BRZ

PROJEKT-HIGHLIGHTS 2013

Bundes-Content-Management-System

In den Jahren 2012 und 2013 hat das BRZ im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen (BMF) ein Bundes-Content-Management-System (CMS) für die Entwicklung und den Betrieb von Homepages als Produkt etabliert. Mit diesem Shared-IT-Service können Webportale im Bund kostengünstig, einheitlich und dennoch individuell gestaltbar umgesetzt werden. Seit dem Einsatz des Bundes-CMS wurden 13 Projekte erfolgreich realisiert, u.a. für das Finanzministerium, den Verwaltungsgerichtshof, das Bundesverwaltungsgericht und das Bundeskanzleramt.

Im 1. Halbjahr 2013 hat das BRZ die BMF-Website (www.bmf.gv.at) auf Basis des Bundes-CMS neu entwickelt. Damit konnte belegt werden, dass auch umfangreiche und komplexe Homepages mit diesem Content-Management-System realisierbar sind. Bereits umgesetzte Funktionen wurden im Rahmen dieses Projektes ohne nochmaligen Programmieraufwand genutzt. Funktionen, die neu entwickelt wurden, stehen seither allen anderen Kunden zur Verfügung. Durch die gemeinsame Nutzung von Ressourcen werden Kosten geteilt und optimiert.

Haushaltsrechtsreform Eröffnungsbilanz

Im Rahmen der Haushaltsrechtsreform Etappe 2 (HHRR 2) bildet die Eröffnungsbilanz den Stand des Bundesvermögens zum 1.1.2013 ab und ist der Abschluss der Neuumsetzung sämtlicher mit der HHRR 2 verbundener Systeme.

Die Konzeption erfolgte bereits im Herbst 2012, die Implementierung wurde im Oktober 2013 erfolgreich abgeschlossen. Das BRZ hat die gesamte Umsetzung nach Vorgaben des Bundesministeriums für Finanzen (BMF) in einem sehr engen Zeitrahmen durchgeführt. Die Aufgabenstellung reichte von der Aufbereitung sämtlicher Tabellen der Eröffnungsbilanz bis zur Erstellung des druckreifen Gesamtdokumentes.

Im Dezember 2013 wurde die Eröffnungsbilanz nach HHRR 2 veröffentlicht. Die Umsetzungsmethode und der Zeitplan haben auch international große Beachtung gefunden.

HOST-Migration Justiz

Im Jahr 2011 wurde das BRZ vom Bundesministerium für Justiz (BMJ) mit einer Studie zur Plattformkonsolidierung beauftragt. Das Ergebnis enthielt die Empfehlung, den bis dahin genutzten Host durch die moderne IT-Plattform AIX abzulösen, wodurch die Justiz rund drei Mio. Euro jährlich an Betriebskosten einsparen könnte.

Noch im Jahr 2012 hat das BRZ im Auftrag des BMJ die Applikationen Grundbuch und die Integrierte Wirtschaftsverwaltung des Strafvollzugs erfolgreich auf die neue Plattform migriert. Die Migration der weiteren Applikationen setzt das BRZ mit Unterstützung eines externen Partners um.

Im Herbst 2013 wurde das Firmenbuch und mit Ende 2013 die Integrierte Vollzugsverwaltung erfolgreich und termingerecht migriert. Im Jahr 2014 wird die letzte und größte Applikation, die Verfahrensautomation Justiz, folgen.

Elektronische Verfahrensadministration Bundesverwaltungsgericht

Mit der Gründung des Bundesverwaltungsgerichts (BVwG) wurde mit 1.1.2014 eine wesentliche Veränderung in der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Österreich umgesetzt. Der ehemalige Asylgerichtshof (AsylGH) und ca. 40 weitere Behörden wurden im neuen Bundesverwaltungsgericht zusammengefasst.

Die daraus resultierenden unterschiedlichen fachlichen Anforderungen an die IT-Unterstützung konnten in der Fachapplikation elektronische Verfahrensadministration (eVA) – bereits seit einiger Zeit erfolgreich im AsylGH im Einsatz – zusammengefasst werden.

Das BRZ betreut diese Anwendung bereits seit Jahren und übernahm 2013 im Auftrag des Bundesverwaltungsgerichts ihre Weiterentwicklung. In drei großen Releases werden die neuen Abläufe und Funktionalitäten der elektronischen Verfahrensadministration für das BVwG umgesetzt. Diese Flexibilität – Handhabung unterschiedlicher Fachbereiche wie z.B. Umweltverträglichkeitsverfahren, Asylverfahren, AMS-Verfahren – konnte nur durch die modulare Architektur der Anwendung in einer Umsetzungszeit von wenigen Monaten erreicht werden.

Grundbesitzinformationssystem Einheitsbewertung

Für die zum 1.1.2014 durchzuführende Hauptfeststellung sämtlicher Einheitswerte des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens hat das BRZ im Jahr 2013 im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen mit der Neuentwicklung des Verfahrens Grundbesitzinformationssystem (GRUIS-EBK) begonnen.

Mit Abschluss der Release 1 im November 2013 wurde die Einbindung der externen Schnittstellen Kataster, Grundbuch, Gebäude- und Wohnungsregister (GWR), Vorbereitungen für die Bearbeitung der Musterbetriebe sowie ein Abfragesystem über die Bestandsdaten umgesetzt. Mit dieser Weiterentwicklung wird einerseits ein Beitrag zur Effizienzsteigerung bei der Nutzung von Verwaltungsdaten geliefert, andererseits wurden die notwendigen Voraussetzungen für die im Jahr 2014 im Zuge der Hauptfeststellung zu versendenden Erklärungen, sowie anschließender Erstellung der Bescheide geschaffen.

Unterrichts-Personal-Informations-System

Die Einführung des Unterrichts-Personal-Informations-Systems (PM-UPIS) stellt die Personalverrechnung aller Bundeslehrer/innen auf eine moderne Grundlage und passt sie an die Anforderungen der Haushaltsrechtsreform 2013 an.

Das BRZ löste im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen (BMF) das Altsystem ab und konzipierte und entwickelte unter der Nutzung von SAP-Werkzeugen eine neue Webanwendung zur Verwaltung und Freigabe von Schuladministrations- und Lehrerbesoldungsdaten sowie mehrere Schnittstellen zur Überleitung und Weiterverarbeitung dieser Daten in das vorhandene Verfahren „Bundesbesoldung mit SAP“ (PM-SAP). Die Verwaltungs- und Abrechnungsdaten werden nun direkt aus dem Vorksystem in das Verfahren PM-SAP eingespielt, dort validiert und verarbeitet. Mitarbeiter/innen der Landesschulräte bzw. des Stadtschulrates kontrollieren und genehmigen die durch die Schulen eingespielten Daten seit dem Schuljahr 2013/14 in einer Webanwendung, statt wie bisher über ein HOST-System.

Der Ersatz der zeitintensiven Bearbeitung im Altsystem durch das neue Unterrichts-Personal-Informations-System hat die Zufriedenheit aller Beteiligten deutlich gesteigert. Darüber hinaus wurden Synergien gehoben und Kosten reduziert.

Grundbuch - Release 1.6

Mit der Release 1.6 wurde die durchgehend elektronische Abbildung von planbasierten Anträgen in der Grundstücksdatenbank realisiert. In Abstimmung mit dem Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen (BEV) hat das Bundesministerium für Justiz (BMJ) eine Basisstruktur für Anträge zur Plandurchführung geschaffen, die über den Elektronischen Rechtsverkehr der Justiz (ERV) zu den Grundbuchgerichten gelangen. Dort werden die zugrunde liegenden Daten strukturiert übernommen. Weiters werden alle Eintragungen im Grundbuch generiert, die aufgrund der Plandurchführung notwendig sind.

Das BRZ hat im Auftrag von BMF und BMJ die IT-Implementierung umgesetzt.

Die Release 1.6 wurde Anfang Juni 2013 produktiv gesetzt. Seit dem sind planbasierte Anträge bei Gericht deutlich einfacher zu handhaben. Darüber hinaus gibt es seit diesem Zeitpunkt eine vollständige Anbindung des BEV an den Elektronischen Rechtsverkehr.

Aktenverteilsystem Bundesfinanzgericht

Das Aktenverteilservice (AVS) unterstützt Staatsanwaltschaften und Gerichte bei der zufallsgesteuerten Aufteilung neu anfallender Verfahren auf die Entscheidungsorgane. Dieses Service ist seit 2010 bei den österreichischen Staats- und Oberstaatsanwaltschaften sowie bei den Gerichten erfolgreich in Betrieb.

Das Aktenverteilservice ist ein Shared-IT-Service und wurde 2013 für den Einsatz im Bundesfinanzgericht (BFG) adaptiert und Synergieeffekte somit optimal genutzt.

Das BRZ hat im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen die Implementierung und Produktivsetzung durchgeführt.

e-Rechnung an den Bund

Die elektronische Rechnung ist eine wichtige strategische Maßnahme, um aufwändige und kostenintensive Prozesse bei der Abwicklung von Rechnungen in der Bundesverwaltung zu vermeiden. Durch die elektronische Bearbeitung und Übermittlung der jährlich zwei Mio. Rechnungen an den Bund werden signifikante Einsparungen für die Vertragspartner des Bundes und für den Bund selbst ermöglicht. Die Grundlage dafür bildet das IKT-Konsolidierungsgesetz (IKT-KonG), welches die verpflichtende elektronische Rechnungslegung an Bundesdienststellen mit 1.1.2014 verlangt.

Im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen hat das BRZ eine Lösung umgesetzt, welche die komfortable Rechnungseinbringung für nationale und internationale Vertragspartner des Bundes bereitstellt und die SAP-integrierte Verarbeitung durch die Haushaltsverrechnung des Bundes ermöglicht. Diese komplexe Aufgabenstellung wurde bis Jahresende 2013 erfolgreich abgeschlossen.

Open-Data-Katalog – data.gv.at

Das BRZ hat im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen und des Bundeskanzleramts den Open-Data-Katalog erstellt und ist für die Weiterentwicklung und technische Wartung verantwortlich.

2013 konnte für data.gv.at durch einen Kooperationsvertrag mit Mitgliedern der „Cooperation Open Government Data Österreich“ die Grundlage für ein nachhaltiges Wachstum gelegt werden. Durch die in Folge neu gewonnenen Dateneinbringer wurden den Bürger/innen erstmals mehr als 1.000 Datensätze auf data.gv.at zur Verfügung gestellt. Mit Unterstützung des ersten nationalen App-Wettbewerbs, apps4austria, ist auch das zentrale data.gv.at-Anwendungsverzeichnis auf über 200 Einträge angewachsen. Diese Daten- bzw. Anwendungsrelation, die technische Standardisierung sowie die föderal übergreifende Zusammenarbeit wurden 2013 auch international anerkannt.

Business-Intelligence-Finanzportal

Das Bundesministerium für Finanzen (BMF) beauftragte das BRZ mit der Entwicklung und Umsetzung eines neuen Business Intelligence Finanzportals (BIF). Dieses stellt für eine Vielzahl von Anwendungen eine gemeinsame Hard- und Software-Landschaft zur Verfügung und bietet umfangreiche Reporting- und Analysemöglichkeiten. Mit Abschluss der Release 2 im Jahr 2013 wurden durch systematische Analysen und die Durchführung einer Konsolidierung gewachsener Reporting- und Business-Intelligence-Umgebungen erhebliche Potenziale zur Standardisierung und Kostensenkung gehoben.

Nutzung Rechenzentrumsfläche des BMLVS

In einem Kooperationsvorhaben erarbeiteten das Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport (BMLVS), das Bundesministerium für Finanzen (BMF), das BRZ und die ARGE ELAK Lösungsansätze zur Optimierung der Nutzung freistehender Rechenzentrumsflächen im BMLVS, im Amtsgebäude Stiftgasse. In einem ersten Schritt wurden Teile der „ELAK-im-Bund-Infrastruktur“ nicht im Parallelrechenzentrum in Erdberg ausgebaut, sondern im Amtsgebäude Stiftgasse errichtet. Die netzwerkmäßige Einbindung erfolgte sowohl vom Hauptgebäude des BRZ aus als auch vom Parallelrechenzentrum in Erdberg.

Die wirtschaftlichen Vorteile und der technische Nutzen dieses Vorhabens bestärken die beteiligten Organisationen, weitere kreative Lösungsansätze in diesem Segment zu entwickeln.

Auswahlverfahren der Justizwache

Mit der Einführung eines IT-basierten Auswahlverfahrens hat die Justizwache neue Maßstäbe gesetzt. Mitarbeiter/innen, die sich um den Aufstieg zur E2a-Führungskraft (mittleres Management) bewerben, durchlaufen einen exakt definierten Testzyklus, der die wichtigsten relevanten Kompetenzaspekte umfasst. Auswertung, Ranking und Dokumentation erfolgen manipulationssicher und transparent mittels einer gemeinsam mit dem BRZ entwickelten Software, die reale Chancengleichheit bei höchstmöglicher Objektivität gewährleistet. Das Ergebnis ist ein browserbasiertes Modulsystem, das leicht an künftige Bedürfnisse, auch anderer Organisationen, anpassbar ist - und sich schon vom Start weg bewährt hat.

e-CODEX und Europäisches Mahnverfahren

Das europäische Förderprojekt e-CODEX (e-Justice-Communication via Online Data Exchange) hat zum Ziel, gemeinsame Standards für eine europaweite Kommunikation zwischen Justizbehörden, Unternehmen und Bürger/innen zu schaffen. Das Bundesrechenzentrum ist hier im Auftrag des Bundesministeriums für Justiz maßgeblich an der technischen Umsetzung von e-CODEX beteiligt.

Die Pilotierung der entwickelten technischen Bausteine erfolgte im Rahmen der Vernetzung der nationalen Lösungen für das Europäische Mahnverfahren.

Dieser Pilot zum EU-Mahnverfahren ist seit Sommer 2013 zwischen Deutschland, Italien, Estland und Österreich produktiv. Weitere Länder wie Griechenland, die Niederlande und Frankreich und weitere Verfahren wie die Vernetzung der Handelsregister werden folgen.

Verbrauchssteuern Luxemburg

Das System zur Beförderung und Kontrolle von verbrauchssteuerpflichtigen Waren unter Steueraussetzung (EMCS – Excise Movement and Control System) ist eine EDV-Lösung für die Wirtschaftsbeteiligten in der Europäischen Union. Die Zoll- bzw. Verbrauchssteuererwartungen leisten dabei administrative Unterstützung und nutzen das System zur Kontrolle.

Die luxemburgische Zoll- und Steuerverwaltung hat Österreich als Kooperationspartner gewählt, um in Zukunft Synergien nutzen und Weiterentwicklungskosten sparen zu können. Dabei wurde unser System übernommen und an die Rahmenbedingungen von Luxemburg angepasst. Das BRZ wurde vom Bundesministerium für Finanzen 2013 mit der Umsetzung des Projekts „Verbrauchssteuern Luxemburg Phase 1“ beauftragt. Die IT-Lösung ist seit Anfang 2014 erfolgreich in Betrieb.

Elektronisches Lernprogramm für deutsche Rechtsreferendare

Mit dem Export des vom BRZ im Auftrag des Bundesministeriums für Justiz (BMJ) umgesetzten elektronischen Lernprogramms für Rechtsreferendare (ELAN-REF) nach Baden Württemberg setzte das BRZ den Startpunkt für eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit Deutschland. Das im Rahmen einer Kooperation zwischen den Justizministerien Baden Württembergs und Österreichs entwickelte System ist seit 2011 im Einsatz, wurde mit dem österreichischen Verwaltungspreis ausgezeichnet und gilt als beispielgebend.

2013 hat das BRZ das Lernprogramm auch an die Anforderungen von Berlin, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Sachsen und Thüringen angepasst und implementiert. Aufgrund des großen Erfolgs planen nun auch weitere deutsche Bundesländer am ELAN-REF-Verbund teilzunehmen und somit die möglichen Synergieeffekte optimal zu nutzen.

BRZ-MEILENSTEINE: PROJEKTE & AUSZEICHNUNGEN

- 1997** Corporate Network Austria (CNA)
HELP.gv.at
- 1998** FinanzOnline
Haushalts- & Rechnungswesen im Bund (SAP/3)
Ministeriendatenbank (MDB)
Integrierte Vollzugsverwaltung
- 1999** Projektpreis der Hochschule Speyer für herausragende Verwaltungsprojekte (HELP.gv.at)
Das BRZ-Parallelrechenzentrum geht in Betrieb
Zollrecht Online
Bundesweit verfügbares Führerscheinregister
- 2000** 1. Platz beim „Amtsmanager 2000“ (Insolvenzdatei)
Wahl zu einem der innovativsten IT-Projekte der Welt beim Stockholm Challenge Award (HELP.gv.at)
Zertifizierung als SAP Customer Center of Excellence (CCoE)
Ediktsdatei
- 2001** Schulbuchaktion Online
Relaunch der Verfahrensautomation Justiz
Anwendung zur Volkszählung (GSG-2001)
- 2002** Automatisierter Zahlungsverkehr des Bundes (EDIFACT V3)
Fundamt Online
Verwaltung der Studienbeiträge (STUBEI)
Gründung der 100 %-Tochter „Bundesrechenzentrum IT-Solutions GmbH“ (BIT-S)
Konsortiumsvertrag BRZ/BIT-S zur Teilnahme an der ELAK-Ausschreibung des Bundes
- 2003** Drei internationale Auszeichnungen für HELP.gv.at
Zentrales Gewerberegister
Erste Twinning-Projekte: Unterstützung von CEE-Staaten beim Auf- und Ausbau von E-Government
Zuschlag für das Projekt „Elektronischer Akt im Bund“ (ELAK)
Gründung der ARGE ELAK als Teil der BRZ-Gruppe
- 2004** Personalmanagement des Bundes (PM-SAP)
Personalmanagement der Universitäten (Uni.Pers)
Rechnungswesen der Universitäten (Uni-Verse)
- 2005** 2. Platz für Österreich im europäischen E-Government-Ranking
2. Platz in der Kategorie „Beste Homepage mit juristischem Kontext der öffentlichen Hand“ beim Justitia Award (HELP.gv.at)
Zertifizierung der Sicherheitsrichtlinie ÖNORM A 7799
Partizipatives E-Government für Jugendliche (e-generation.at)
Gerichtssachverständigen- & Gerichtsdolmetscher-Liste (SDG-Liste)
Digitaler Tacho
Archiv-Services
- 2006** 1. Platz für Österreich im europäischen E-Government-Ranking
Project Excellence Award der IPMA (BRZ CRM-System)
1. Platz beim Red Arrow Award der „Future Business Austria“ (Plattform „Digitales Österreich“)
Zertifizierung der Sicherheitsrichtlinie ISO 27001
Sicherheitspass mit digitaler Signatur
Scheckkarten-Führerschein

- 2007** Gründung der „Europäischen Allianz der Verwaltungs-IT-Dienstleister“
Elektronische Rechnungslegung (E-Billing)
- 2008** Amtssignatur-Service
BMF-Mitarbeiterportal, E-Office, E-Scan
Landeslehrer-Pensionskonto
BMF Planungs-, Budgetierungs- und Controlling-Tool (PBCT)
Neue SAP-Serverlandschaft (SAP Infra 2010)
- 2009** European E-Government Award 2009 (EU-Mahnverfahren der Justiz)
ebiz-E-Government Award 2009 (E-Voting bei den ÖH-Wahlen 2009)
Elektronisches Zustellservice & Akkreditierung
Elektronischer Akt im Bund (ELAK light)
Reisepass mit biometrischem Fingerabdruck
Unternehmensserviceportal
Gesundheitsportal
- 2010** Haushaltsrechtsreform 2. Etappe
Vorstudie Transparenzdatenbank
Elektronisch integrierte Assistenz für Staatsanwälte
Elektronische Amtssignatur
Gesundheitsdiensteanbieter-Index in der ELGA
Trust-Center Scheckkartenführerschein
- 2011** SAP Innovation Award (Mobility)
E-Finanz Steuer und Zoll
Automatenglücksspiel
Zentrales Waffenregister
Grundbuchdatenbank Neu
Elektronische Strafakte
E-Pass für Liechtenstein
myHelp.gv.at
- 2012** 1. Platz und 3. Platz beim EuroCloud.Austria Award für „portal.at“ und „data.gv.at“
1. Platz beim EuroCloud Europe Award für portal.at
„Green Award“ beim eAward
Unternehmensserviceportal
Bundes-Content-Management-System – E-Government-Portal-Services
Elektronischer Rechtsverkehr mit Zustellservice gekoppelt
Peppol (Pan-European Public Procurement Online)
- 2013** Haushaltsrechtsreform Eröffnungsbilanz
Bundes-Content-Management-System
Host-Migration Justiz
E-Rechnung an den Bund
E-Learning Rechtsreferendare Deutschland
Verbrauchssteuern Luxemburg

2013

KONZERNLAGEBERICHT

KONZERNLAGEBERICHT FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2013

I. DAS UMFELD DER BRZ GMBH

Die Medienöffentlichkeit der Informationsgesellschaft war im Jahr 2013 vorherrschend von einem Thema geprägt, der Sicherheit der Daten der Bürger in privaten und öffentlichen Netzwerken. Das Thema Datensicherheit ist ins Zentrum der gesellschaftlichen Diskussion gerückt.

Der Medien-Hype unterstreicht die Bedeutung der Datensicherheit, die schon immer ein zentrales Qualitätsmerkmal der BRZ GmbH als E-Government-Partner und IKT-Dienstleister der Verwaltung war und ist. Die BRZ GmbH geht hier keine Kompromisse bei der Gewährleistung der höchsten Standards an zertifizierter Sicherheit der Datenverarbeitung und der Services ein.

Neue Herausforderungen für die Sicherheitsstandards bringen der Markt mit dem Trend zum raschen Ausbau der Mobility Services und die wachsende Vielfalt an Endgeräten und deren periodische technische Neuerungen. Um die Sicherheit auf dem geforderten und gewohnten Niveau bei immer kürzeren Produktzyklen zu gewährleisten, sind die unverzichtbaren Qualitätssicherungsprozesse für die Einführung unter immer höherem Zeitdruck zu durchlaufen – und das unter wachsendem Druck auf die Kosten.

Die Konsolidierung des Budgets als ein Kernelement des nationalen Stabilitätsprogrammes der Bundesregierung macht auch vor den IT-Budgets nicht Halt. Unter dem Druck knapper werdender Budgetmittel dürfen nun aber keineswegs Umfang oder Intensität der E-Government-Services reduziert werden, sondern es soll mehr Leistung für weniger Geld realisiert werden – more-for-less lautet die Kundenerwartung und die Strategie der BRZ GmbH, die seit Jahren erfolgreich umgesetzt wird.

Dazu kommt die Anforderung, dass nicht nur die Kosteneffizienz der laufenden Services ständig verbessert wird, es sollen auch Innovationen, Entwicklungen und neue Produkte schneller und kostengünstiger zu den Kunden gebracht werden. Die Leistungs- und Entwicklungsprozesse der BRZ GmbH werden dafür auf Software-Industrialisierung, auf Standardisierung und Automatisierung ausgerichtet.

Die BRZ GmbH ist als zentraler Shared IT-Service Provider des Bundes zwischen dem Kostendruck und Innovationsbedarf des Kundenmarktes und den schnelleren Produktzyklen des Lieferantenmarktes gefordert und erfüllt ihre Aufgabe mit effektiven Innovationen, steigender Produktivität und Kosteneffizienz. Hinzu kommen nachhaltige Effekte auf die strukturelle Konsolidierung der IKT-Systemlandschaft und des E-Government Serviceportfolios des Bundes als zentraler IKT-Dienstleister für die standardisierbaren IKT-Services im Rahmen des IKT-Konsolidierungsgesetzes.

II. GESCHÄFTSVERLAUF UND LAGE DES UNTERNEHMENS 2013

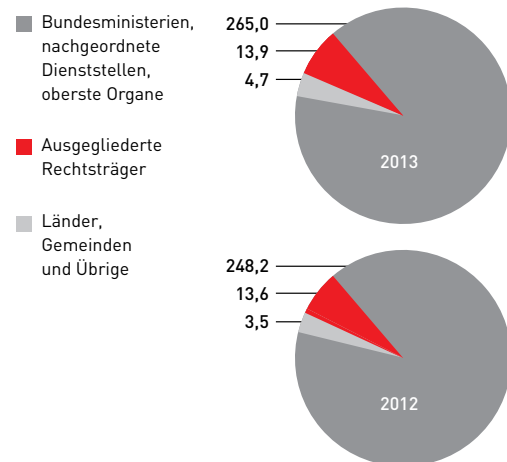
Ertragslage

Im abgelaufenen Geschäftsjahr lagen die Umsatzerlöse in Höhe von 283,6 Mio. € um 6,9 % über dem Vorjahreswert. Die Ursache für diesen Umsatzzuwachs lag vor allem darin begründet, dass im Geschäftsjahr Projekte im Bundeskundenumfeld, die bereits in Vorjahren begonnen worden waren, abgeschlossen wurden oder nach Erreichung vereinbarter Milestones teilabgerechnet wurden.

Der Umsatz der Bundesministerien, nachgeordneten Dienststellen und obersten Organe betrug 2013 265,0 Mio. €. Hauptkunden in diesem Segment sind das Bundesministerium für Finanzen, das Bundesministerium für Justiz sowie das Bundesministerium für Unterricht und Kunst.

Die Gruppe der ausgegliederten Rechtsträger (13,9 Mio. €) enthält im Wesentlichen die Universitäten, das Arbeitsmarktservice sowie die Buchhaltungsagentur des Bundes.

Umsatzanteile nach Kundensegmenten, in Mio. €



Die Gewinn- und Verlustrechnung der BRZ-Gruppe zeigt für die Jahre 2012 und 2013 folgendes Bild:

Gewinn- und Verlustrechnung			
	2013	2012	Umsatzanteil
	Mio. €	Mio. €	2013 in %
Umsatzerlöse	283,6	265,3	
Veränderung des Bestandes an noch nicht abrechenbaren Leistungen	-10,5	9,7	-
Andere aktivierte Eigenleistungen	0,1	0,4	-
Sonstige betriebliche Erträge	1,6	1,6	-
Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Herstellungsleistungen	-82,9	-90,1	29,2 %
Personalaufwand	-106,6	-101,7	37,6 %
Abschreibungen	-29,9	-28,7	10,6 %
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-53,9	-53,4	19,0 %
EBIT (Ergebnis vor Zinsen und Steuern)	1,5	3,1	0,5 %
Finanzerfolg	0,0	0,1	0,0 %
EGT (Ergebnis vor Steuern)	1,6	3,2	0,6 %
Steuern vom Einkommen	-0,4	-0,8	0,1 %
Jahresüberschuss	1,2	2,5	0,4 %

Die Veränderung des Bestandes an noch nicht abrechenbaren Leistungen betrug -10,5 Mio. €. Der Vergleichswert des Vorjahres betrug 9,7 Mio. €. Die Auflösung des Bestandes an noch nicht abrechenbaren Leistungen im Jahr 2013 begründet sich in der Fertigstellung einiger mehrjähriger Softwareprojekte im Bundesbereich. Dies spiegelt sich in den gegenüber dem Vorjahr erhöhten Umsatzerlösen wider.

Der Materialaufwand in Höhe von 1,6 Mio. € und die Aufwendungen für bezogene Leistungen in Höhe von 81,2 Mio. € hatten einen Anteil von 29,2 % am Gesamtumsatz. In den Aufwendungen für bezogene Leistungen sind im Wesentlichen Aufwendungen für Portogebühren und externe Personalressourcen enthalten. Der Rückgang der Aufwendungen für bezogene Leistungen um 8,1 % gegenüber dem Vorjahr wurde vor allem durch den deutlich geringeren Zukauf externer Programmierleistungen zur Umsetzung von Kundenprojekten verursacht.

Der Personalaufwand betrug 106,6 Mio. € und stieg um 4,9 % gegenüber dem Vorjahrswert. Die Reduktion des Abzinsungsfaktors bei der Berechnung der Personalarückstellung um 0,5 %-Punkte, die Kollektivvertragserhöhungen sowie der gegenüber dem Vorjahr erhöhte Personalstand sind die wesentlichen Ursachen für diese Veränderung.

Die Abschreibungen auf das Sachanlage- und immaterielle Vermögen beliefen sich auf 29,9 Mio. € und sind gegenüber 2012 um 4,5 % gestiegen. Diese Entwicklung ist hauptsächlich auf Investitionen in Software (Lizenzen) im Rahmen laufender Projekte im Bund zurückzuführen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betrugen 53,9 Mio. € und lagen um 0,8 % über dem Vorjahrswert.

Der Jahresüberschuss in Höhe von 1,2 Mio. € setzt sich aus einem Ergebnis vor Steuern von 1,6 Mio. € abzüglich der Ertragssteuern in Höhe von 0,4 Mio. € Ertragsteuern zusammen.

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme der BRZ-Gruppe zum 31. Dezember 2013 betrug 170,3 Mio. € und lag damit um 6,6 % unter dem Vergleichswert des Vorjahres (182,3 Mio. €).

Das langfristige Vermögen (40,9 % der Bilanzsumme) umfasst im Wesentlichen das gesamte Anlagevermögen der BRZ-Gruppe.

59,1 % der Bilanzsumme betreffen das kurzfristige Vermögen. Die größten Posten innerhalb dieser Position waren mit 44,4 Mio. € liquide Mittel, mit 26,1 Mio. € die Vorräte an noch nicht abrechenbaren Leistungen und mit 18,3 Mio. € Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände.

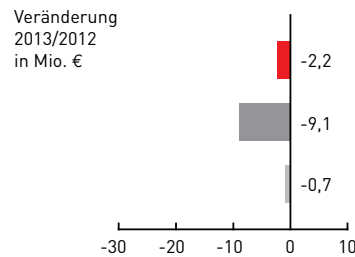
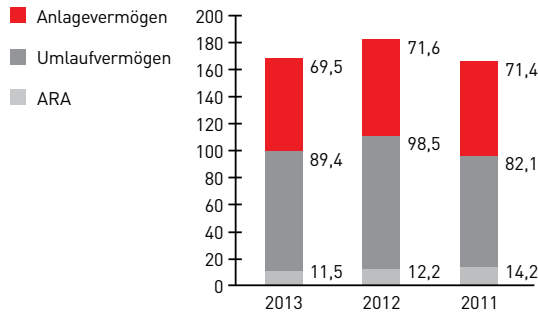
Passivseitig setzt sich die Bilanzsumme mit einem Anteil von 39,9 % aus Eigenkapital und langfristigen Verbindlichkeiten und zu 60,1 % aus kurzfristigen Verbindlichkeiten zusammen.

Die langfristigen Verbindlichkeiten in Höhe von 23,1 Mio. € umfassen hauptsächlich Rückstellungen für Abfertigungen in Höhe von 15,9 Mio. € und Jubiläumsgelder in Höhe von 6,4 Mio. €.

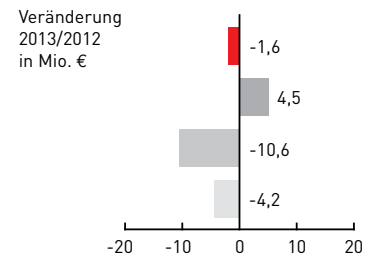
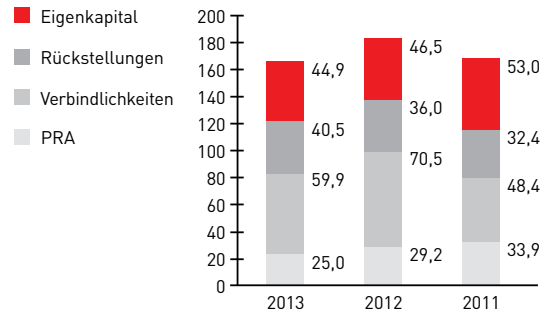
Die kurzfristigen Verbindlichkeiten resultieren vorwiegend aus erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen, Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie Rechnungsabgrenzungsposten.

Die Eigenkapitalquote lag mit 26,3 % über dem Vergleichswert des Vorjahres (2012: 25,5 %).

Struktur der Aktiva



Struktur der Passiva



Kennzahlen gemäß URG

Die fiktive Schuldentilgungsdauer gem. § 24 URG betrug 1,7 Jahre. Der Vergleichswert des Vorjahres betrug 1,8 Jahre. Die BRZ-Gruppe wies zum 31. Dezember 2013 einen Finanzmittelbestand von 44,4 Mio. € aus.

Cashflow

	2013 Mio. €	2012 Mio. €
Cashflow aus dem Ergebnis	33,5	32,4
+/- Veränderungen am Nettoumlaufvermögen	-7,8	10,8
= Cashflow aus der Geschäftstätigkeit	25,7	43,2
+/- Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-27,7	-28,7
+/- Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-2,9	-9,0
= Veränderung des Finanzmittelbestandes	-4,8	5,4

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden von der Gesellschaft keine derivativen Finanzinstrumente eingesetzt. Die in der Bilanz ausgewiesenen Finanzinstrumente sind Gegenstand des allgemeinen Risikomanagements der Gesellschaft, welches in den Buchhaltungs- und Bilanzierungsmethoden seinen Niederschlag findet. Außer den bereits im Jahresabschluss und im Anhang adressierten Risiken bestehen keine weiteren Preisänderungs-, Ausfalls-, Liquiditäts- und Cashflowrisiken.

III. BESONDERE VORGÄNGE NACH ABSCHLUSS DES GESCHÄFTSJAHRES

Es gab nach Abschluss des Geschäftsjahres keine besonderen Vorgänge.

IV. ZWEIGNIEDERLASSUNGEN

Die Gesellschaft hatte im abgelaufenen Geschäftsjahr keine Zweigniederlassungen.

V. RISIKO- UND CHANCENMANAGEMENT

Das Kernstück des Enterprise Risk Management Systems ist der zertifizierte Risikomanagementprozess. Er legt fest, wie das permanente Risikomanagementteam die Hauptrisiken behandelt und überwacht.

2013 haben die 12 Risikoofficer des Teams über 100 Risiken und Chancen erfasst und quartalsweise bearbeitet. Davon wurden im Laufe des Jahres insgesamt 19 als Risiken im roten Bereich, der höchsten Risikoklasse, bewertet, gesondert mit Maßnahmen behandelt und berichtet, ebenso 7 Chancen. Dabei sind neben der Risikobewertung Status und Wirkung der Maßnahmen zur Risikobehandlung ganz wesentlich. Am Ende des Jahres waren noch sieben Risiken als rot einzustufen. In gleicher Weise wie die Risiken wurden Chancen überwacht und berichtet.

Das Risikomanagementteam berichtet über den Risikomanager quartalsweise an die Geschäftsführung, die ihrerseits an den Aufsichtsrat und an den Eigentümer, die Beteiligungsverwaltung im Bundesministerium für Finanzen, einen Risikobericht erstattet.

Einige wesentliche Risikofelder und deren Behandlung sind:

Markt- und Auftragsrisiko

Einerseits ergeben sich aus der E-Government-Strategie und einzelnen gezielten Reformvorhaben der Bundesverwaltung Chancen für neue und den Ausbau laufender Aufträge; andererseits bewirkt die Budgetkonsolidierung auch Kürzungen bei den IT-Budgets der Ressorts und damit Einsparungen bei den Aufträgen an die BRZ GmbH; oder es kommt zu Umschichtungen bei bereits geplanten Vorhaben. Das ist ein Risiko für die Entwicklung der Auftragslage, sowohl für den Gesamtumfang als auch für kurzfristige Änderungen des Auftragsportfolios.

Betriebsrisiko

Die Ausfallsicherheit der IT-Systeme und die Qualität und Kontinuität der IT-Services, die eine wesentliche Basis des Geschäftserfolges sind, werden mit dem IT-Service-Management methodisch und nachhaltig abgesichert und weiterentwickelt.

Personalrisiko

Die nachhaltig und längerfristig ausgerichtete Personalstrategie bringt das Personalrisiko der Kapazitätsauslastung mit sich, vor allem für das Projektgeschäft, da etwaige Reduktionen der Ermessensausgaben des Bundes die IT-Budgets der BRZ-Kunden für Projektaufträge treffen kann. Dem begegnete die BRZ GmbH mit einem erhöhten Anteil externer Leistungen für Projekte, um so den Kapazitätspuffer für Auftragsschwankungen anzupassen.

Finanzwirtschaftliches Risiko

Die Finanzstrategie der BRZ GmbH beruht auf dem Kostendeckungsprinzip in der Budgetplanung.

Veranlagungen erfolgen gestreut, ausschließlich im Rahmen eines durch den Aufsichtsrat genehmigten Bankenportfolios. Es wird nur die frei verfügbare Liquidität entweder in Form von kurzfristigen Termineinlagen oder auf täglich fälligen Konten veranlagt. Es werden keine Derivate oder ähnliche Finanzinstrumente eingesetzt.

Es gibt kein Fremdwährungsrisiko, da das Vertragsvolumen außerhalb des Euro verschwindend gering ist.

VI. FORSCHUNG, ENTWICKLUNG UND INNOVATION

Das jährliche F&E-Programm dient der frühzeitigen Beschäftigung mit neuen Technologien für die künftigen e-Governmentanwendungen und der Prozessoptimierung der BRZ zur Steigerung der Qualität und Kundenzufriedenheit. Ein state-of-the-art-Knowhow der Mitarbeiter, Entscheidungsgrundlagen für künftige Technologiestrategien und die Sicherstellung von Qualität und Sicherheit der Produkte sind die Leitmotive der F&E-Aufgaben.

Sicherheit, Mobility, HTML5 und Big Data waren die Hauptthemen der F&E-Projekte 2013:

- Zum Aufbau und der Inbetriebnahme einer unternehmensweiten Certification Authority wurde eine Enterprise PKI (Personal Key Infrastructure) mit Service- und Personenzertifikaten, Erinnerungsservice und Widerruf eingerichtet.
- Zum Thema BOYD (Bring your own device) wurde ein Feldtest durchgeführt sowie eine Sicherheitsüberprüfung einer Lösung zur Trennung von privaten und geschäftlichen Daten auf privaten, beziehungsweise nicht MDM-gemanagten mobilen Geräten (IOS, Android).
- HTML5 hat als wichtige Neuerung unter anderem die cross-platform-Technologie, die es ermöglicht, Anwendungen auf unterschiedlichen Devices, sei es PC, Smartphone oder Tablet, ausführen zu können. HTML5 wird Bestandteil von SAP User Interface 5 sein. Das Projekt SAP UI 5 hatte das Ziel, die Einsatzmöglichkeiten hinsichtlich der Migration von bestehenden Personalservices zu untersuchen.
- Im Projekt Datawarehouse as a Service wurden die technischen Grundlagen erarbeitet und ein Produktdesign erstellt mit dem Ziel, eine mandantenfähige, skalierbare out-of-the-box DWH-Plattform für Kunden anbieten zu können.
- Ein weiteres Projekt beschäftigte sich mit der Konsolidierung der Metadaten im Business Intelligence Umfeld zu einem zentralen Metadatenmanagement. Damit sollen die derzeit individuell verwalteten Metadaten zentral verfügbar sein, um den Gesamtüberblick und die Datenqualität zu verbessern.
- Weiters bildete die Intensivierung der Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich einen wesentlichen Schwerpunkt. Die BRZ GmbH ist beim Cyber Security Forum des Kuratoriums Sicheres Österreich vertreten. Die Zusammenarbeit mit A-SIT stellt in einer Reihe von BRZ-Projekten den unmittelbaren Nutzen für die Sicherheit der BRZ-Produkte und -Services in den Mittelpunkt. Die operative Kooperation mit den CERTs findet im Rahmen des CERT-Verbunds statt, bei dem die aktive Behandlung von Sicherheitsthemen erfolgt wie es beispielsweise die Aktualisierung der Cyphersuiten für SSL-Verbindungen nach den Meldungen von NSA-Angriffen darstellt.
- Einen weiteren Schwerpunkt bildete die konsequente Behandlung von Vulnerabilities in Softwareprodukten, die das BRZ im Rahmen der Leistungserbringung einsetzt. Die Bedrohung durch die Nutzung von Schwachstellen in Standard-Software steigt laufend durch die immer kürzer werdende Zeit zwischen der Entdeckung bzw. Bekanntwerden solcher Schwachstellen und der aktiven Ausnutzung für Angriffe. Der im Jahr 2013 aktivierte Prozess bietet nun eine zentrale und professionelle Auswertung von Informationsquellen über solche Schwachstellen, die nach dem international gültigen Scoringssystem CVSS (Common Vulnerability Scoring System) bewertet werden, und über die dementsprechend priorisierten Maßnahmen. Mit diesem Prozess wird die Erkennung und Behandlung von mehreren tausend Vulnerabilities pro Jahr gemanagt.

VII. NICHTFINANZIELLE LEISTUNGSINDIKATOREN

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Ende 2013 lag der Personalstand mit 1.218 Vollbeschäftigtenäquivalenten über dem Stand des Vorjahres (1.209 Vollbeschäftigtenäquivalente). Das Durchschnittsalter betrug 41,4 Jahre, der Frauenanteil 22,9 Prozent, der Anteil der Führungskräfte 9,2 Prozent.

Die Personalstrategie der BRZ GmbH ist auf Flexibilität und Nachhaltigkeit ausgerichtet: Die Kompetenzen der Mitarbeiter werden in Richtung zukünftiger strategischer Schwerpunkte ausgebaut.

Im Jahr 2013 stand die Führungskräfteentwicklung im Mittelpunkt der Personalentwicklungsaktivitäten. Ihnen kommt eine Schlüsselrolle im Unternehmen zu. Die Arbeit an einem einheitlichen Führungsverständnis, Schaffung von Klarheit über Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung sowie eine Objektivierung des Prozesses zur Führungskräfteauswahl standen 2013 im Zentrum der Bemühungen.

Green-IT und Umweltbelange: Energie- und ressourcenbewusste IT-Dienstleistung

Die thermische Fassadensanierung des Hauptgebäudes, das Projekt Free-Cooling (Nutzung der Winterkälte anstatt der Kältemaschinen) und die Modernisierung der Kühlung in den Systemräumen bringen bereits seit 2010 eine deutliche Reduktion des Energieverbrauches. Der Wert von 352 t /CO₂ p.a. für das Free Cooling wurde durch das Lebensministerium (BMLFUW) bestätigt.

Im Rahmen der Teilnahme der BRZ GmbH am ÖkoBusinessPlan der Stadt Wien wurden Einsparungspotenziale im Rechenzentrum und an den Arbeitsplätzen erhoben und eine Reihe von konkreten Lösungen entwickelt. Die auch 2013 weiter erfolgreich durchgeführten Maßnahmen ermöglichten nachhaltige jährliche Einsparungen, die hinsichtlich des Stroms und in der Fernwärme weiter verbessert werden konnten:

- Energieeinsparungen von 4,4 GWh Fernwärme auf 4,7 GWh verbessert,
- Energieeinsparungen von 5,5 GWh Strom gehalten,
- Kosteneinsparungen über 1 Mio. € gehalten,
- CO₂ Reduktion über 1.100 Tonnen verbessert.

VIII. AUSBLICK AUF 2014

Die Preise der IT-Services der BRZ sind auch für 2014 wieder deutlich unter der allgemeinen Preisentwicklung gesetzt worden, die Einzelpreise vieler Kernleistungen sind sogar nominell gesenkt worden.

Diese Preisentwicklung bei gleichzeitigem weiteren Ausbau der Sicherheit und der Qualität in den Service Level Agreements ist nur möglich durch konsequente weitere Standardisierung und Konsolidierung und daraus resultierender Kosteneffizienzsteigerungen.

Die aktuelle Geschäftsentwicklung im 1. Quartal 2014 verläuft auf dem geplanten Niveau. Auf dieser Grundlage geht die Geschäftsführung davon aus, dass die Geschäftsziele 2014 in vollem Umfang erreicht werden können.

Wien, am 11. März 2014
Bundesrechenzentrum GmbH

Bei der Summierung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben können durch Verwendung automatischer Rechenhilfen rundungsbedingte Rechendifferenzen auftreten.

Zur Vereinfachung und leichteren Lesbarkeit wurde zumeist die männliche Schreibweise gewählt, gemeint sind selbstverständlich immer gleichwertig beide Geschlechter.



DI Roland Jabkowski, MBA
Geschäftsführer



Mag.ª Christine Sumper-Billinger
Geschäftsführerin



2013

KONZERNABSCHLUSS

KONZERNABSCHLUSS

KONZERNBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2013

Aktiva		
	31.12.2013 €	31.12.2012 T€
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Software	28.184.039,06	28.362
II. Sachanlagen		
1. Investitionen in gemieteten Objekten	7.592.805,29	7.524
2. Technische Anlagen und Maschinen	31.749.472,63	34.371
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	720.549,64	1.036
4. Geleistete Anzahlungen	<u>1.020.771,84</u>	<u>137</u>
	41.083.599,40	43.067
III. Finanzanlagen		
1. Sonstige Ausleihungen	<u>212.275,33</u>	<u>220</u>
	69.479.913,79	71.650
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	496.970,65	518
2. Noch nicht abrechenbare Leistungen	<u>26.116.493,58</u>	<u>36.629</u>
	26.613.464,23	37.146
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	17.810.499,92	11.704
2. Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	<u>491.953,10</u>	<u>368</u>
	18.302.453,02	12.072
III. Guthaben bei Kreditinstituten		
	<u>44.442.083,53</u>	<u>49.247</u>
	89.358.000,78	98.465
C. Rechnungsabgrenzungsposten		
	<u>11.496.799,84</u>	<u>12.225</u>
	<u>170.334.714,41</u>	<u>182.340</u>

		Passiva	
		31.12.2013	31.12.2012
		€	T€
A. Eigenkapital			
I. Stammkapital		2.180.200,00	2.180
II. Kapitalrücklagen		21.158.389,27	21.158
III. Gewinnrücklagen			
1. Gesetzliche Rücklage	218.020,00		218
2. Andere (freie) Rücklage	<u>19.396.390,39</u>		<u>19.549</u>
		19.614.410,39	19.767
IV. Bilanzgewinn		1.911.682,29	3.404
Davon Vortrag aus dem Vorjahr	36.879,31		
Vorjahr in T€	38		
		<u>44.864.681,95</u>	<u>46.509</u>
B. Rückstellungen			
1. Rückstellungen für Abfertigungen		15.875.974,00	14.226
2. Steuerrückstellungen		409.403,00	785
3. Sonstige Rückstellungen		<u>24.240.849,61</u>	<u>21.025</u>
		40.526.226,61	36.037
C. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		0,00	0
2. Erhaltene Anzahlungen		32.391.530,57	45.217
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		21.130.745,17	19.111
4. Sonstige Verbindlichkeiten		6.403.198,80	6.222
Davon aus Steuern	2.407.160,84		
Vorjahr in T€	2.417		
Davon im Rahmen der soz. Sicherheit	2.320.945,40		
Vorjahr in T€	2.200		
		<u>59.925.474,54</u>	<u>70.550</u>
D. Rechnungsabgrenzungsposten		<u>25.018.331,31</u>	<u>29.244</u>
		<u>170.334.714,41</u>	<u>182.340</u>

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2013
1-12/2012

	€	€	T€
1. Umsatzerlöse		283.599.132,33	265.317
2. Veränderung des Bestandes an noch nicht verrechenbaren Leistungen		-10.512.349,29	9.651
3. Andere aktivierte Eigenleistungen		140.724,56	363
4. Sonstige betriebliche Erträge			
a) Erträge aus dem Abgang vom Anlagevermögen mit Ausnahme der Finanzanlagen	199.621,55		275
b) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	349.058,99		401
c) Übrige	1.059.547,19		939
		1.608.227,73	1.615
5. Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Herstellungsleistungen			
a) Materialaufwand	-1.621.375,68		-1.765
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-81.248.118,34		-88.358
		-82.869.494,02	-90.123
6. Personalaufwand			
a) Gehälter	-81.569.264,73		-78.512
b) Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen	-3.138.144,67		-2.110
c) Aufwendungen für Altersversorgung	-1.186.568,18		-1.102
d) Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	-20.315.491,51		-19.528
e) Sonstige Sozialaufwendungen	-406.989,84		-399
		-106.616.458,93	-101.652
7. Abschreibungen auf immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-29.939.807,50	-28.653
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen			
a) Steuern, soweit sie nicht unter Steuern vom Einkommen fallen	-1.383,93		-4
b) Übrige	-53.874.637,80		-53.421
		-53.876.021,73	-53.426
9. Zwischensumme aus Z 1 bis 8 (Betriebserfolg)		1.533.953,15	3.094
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		66.484,73	160
11. Erträge aus der Zuschreibung zu Finanzanlagen		3.133,98	0
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-34.274,49	-30
13. Zwischensumme aus Z 10 bis 11 (Finanzerfolg)		35.344,22	130
14. Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		1.569.297,37	3.224
15. Steuern vom Einkommen		-364.071,00	-754
16. Jahresüberschuss		1.205.226,37	2.470
17. Auflösung von Gewinnrücklagen		706.455,92	934
18. Zuweisung zu Gewinnrücklagen		-36.879,31	-38
19. Jahresgewinn		1.874.802,98	3.366
20. Vortrag aus dem Vorjahr		36.879,31	38
21. Bilanzgewinn		1.911.682,29	3.404

Konzern-Kapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr 2013

	2013 €	2012 €
Jahresüberschuss	1.205.226,37	2.469.916,56
Abschreibungen auf das Anlagevermögen	29.936.673,52	28.653.467,25
Gewinne aus dem Abgang von Anlagevermögen	-199.621,55	-275.399,78
Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen	118.853,05	88.329,43
Veränderung langfristiger Rückstellungen	2.427.257,00	1.448.197,00
Cashflow aus dem Ergebnis	33.488.388,39	32.384.510,46
Veränderung von Vorräten und aktiver Rechnungsabgrenzung	11.261.176,31	-7.764.897,09
Veränderung von erhaltenen Anzahlungen und passiver Rechnungsabgrenzung	-17.050.738,13	17.349.053,92
Veränderung von Forderungen L + L und sonstigen Forderungen	-6.230.761,83	-1.248.391,11
Veränderung Verbindlichkeiten L + L und sonstigen Verbindlichkeiten	2.201.275,85	196.451,36
Veränderung von kurzfristigen Rückstellungen	2.062.153,20	2.238.178,31
Veränderung Nettoumlaufvermögen	-7.756.894,60	10.770.395,39
Cashflow aus dem operativen Bereich	25.731.493,79	43.154.905,85
Investitionen ins Anlagevermögen	-27.975.895,36	-29.131.008,34
Cashflow aus dem Abgang von Anlagevermögen	289.582,88	412.808,78
Cashflow aus Investitionstätigkeiten	-27.686.312,48	-28.718.199,56
Ausschüttung an Gesellschafter	-2.850.000,00	-9.000.000,00
Cashflow aus Finanzierungsaktivitäten	-2.850.000,00	-9.000.000,00
Veränderung der liquiden Mittel	-4.804.818,69	5.436.706,29
Anfangsbestand der liquiden Mittel	49.246.902,22	43.810.195,93
Endbestand der liquiden Mittel	44.442.083,53	49.246.902,22

DARSTELLUNG DER KOMPONENTEN DES EIGENKAPITALS

Entwicklung für das Geschäftsjahr 2013

	Stamm- kapital	Kapital- rücklagen	Gewinn- rücklagen	Bilanz- gewinn	Gesamt
Stand am 31.12.2012	2.180.200,00	21.158.389,27	19.766.709,75	3.404.156,56	46.509.455,58
Dividendenausschüttung	0,00	0,00	0,00	-2.850.000,00	-2.850.000,00
Zuweisung zu Gewinnrücklagen durch Generalversammlung	0,00	0,00	517.277,25	-517.277,25	0,00
Auflösung von Gewinnrücklagen (ergebniswirksam)	0,00	0,00	-706.455,92	706.455,92	0,00
Zuweisung zu Gewinnrücklagen (ergebniswirksam)	0,00	0,00	36.879,31	-36.879,31	0,00
Konzernjahresüberschuss	0,00	0,00	0,00	1.205.226,37	1.205.226,37
Stand am 31.12.2013	2.180.200,00	21.158.389,27	19.614.410,39	1.911.682,29	44.864.681,95



2013

KONZERNANHANG

KONZERNANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2013

I. RECHTLICHE GRUNDLAGEN

Die Bilanzierung, die Bewertung und der Ausweis der einzelnen Positionen des Jahresabschlusses wurden nach den Vorschriften des Unternehmensgesetzbuches in der geltenden Fassung vorgenommen.

II. KONSOLIDIERUNGSGRUNDSÄTZE

Allgemeines

Der Konzernabschluss wurde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und Bilanzierung sowie unter Beachtung der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns zu vermitteln, aufgestellt.

Bei der Bilanzierung und Bewertung wurde den allgemein anerkannten Grundsätzen Rechnung getragen. Insbesondere wurden das Unternehmensfortführungs-, das Vorsichts-, das imparitätische Realisationsprinzip sowie die Grundsätze der Einzelbewertung, Vollständigkeit und Willkürfreiheit beachtet.

Die Bilanzierung, die Bewertung und der Ausweis der einzelnen Positionen des Konzernabschlusses wurde nach den allgemeinen Bestimmungen der §§ 193 ff UGB unter Anwendung der Sondervorschriften für Kapitalgesellschaften der §§ 221 bis 243 UGB sowie den Vorschriften über den Konzernabschluss der §§ 244 bis 266 UGB vorgenommen. Die Gliederung der Konzernbilanz und der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung folgt den gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere den §§ 224 und 231 UGB. Die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren erstellt.

Die bei der Erstellung des Vorjahresabschlusses angewandten Bewertungsmethoden wurden grundsätzlich beibehalten.

Der Bilanzstichtag ist bei allen in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen der 31. Dezember. Die Abschlüsse aller Tochterunternehmen sind auf Basis konzerneinheitlicher Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze erstellt.

Konsolidierungsmethoden

Die Kapitalkonsolidierung erfolgt nach der Buchwertmethode. Alle in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften stehen im 100%igen Eigentum des Konzerns.

Alle Forderungen und Verbindlichkeiten, Umsätze, andere Erträge und Aufwendungen zwischen den Unternehmen des Konzerns wurden eliminiert. Zwischengewinne werden gegebenenfalls eliminiert.

Alle in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften sind inländische Gesellschaften.

Bei der Erstkonsolidierung zum 1.1.2003 entstand ein aktiver Unterschiedsbetrag in Höhe von 73,4 T€. Dieser wurde mit Konzernrücklagen verrechnet.

Konsolidierungskreis

Die in den Konzernabschluss der Bundesrechenzentrum GmbH, Wien, einbezogenen Unternehmen betreffen folgende Gesellschaften:

- Bundesrechenzentrum GmbH, Wien,
- Bundesrechenzentrum IT-Solutions GmbH, Wien, und
- ARGE ELAK GmbH & Co OG, Wien.

III. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Erläuterungen zu Posten der Bilanz

Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist in zusammengefasster Form, getrennt nach den Hauptgruppen, im Anlagenspiegel (Seite 56 f.) dargestellt.

Es wird generell die lineare Abschreibungsmethode angesetzt; bei Zu- und Abgängen im Berichtsjahr wird pro rata temporis abgeschrieben.

Immaterielle Vermögensgegenstände

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände (Lizenzen betreffend EDV-Software) sind mit den Buchwerten für die in der Eröffnungsbilanz aktivierten Anlagen (mit dem beizulegenden Wert iSv § 202 Abs. 1 UGB, fortgeschriebene Anschaffungskosten), alle Zugänge mit Anschaffungskosten, vermindert um die planmäßige, gegebenenfalls auch außerplanmäßige Abschreibung, angesetzt. Die planmäßige Nutzungsdauer beträgt 4 Jahre.

Die geringwertigen Vermögensgegenstände werden nach ihrem Verwendungszweck in Gruppen zusammengefasst und dementsprechend entweder im Jahr der Anschaffung zur Gänze oder auf die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Abschreibungen gem. § 13 EStG werden in der Entwicklung des Anlagevermögens (Anlagenspiegel) als Zu- und Abgang gezeigt.

Sachanlagen

Das Sachanlagevermögen ist mit den Buchwerten für die in der Eröffnungsbilanz aktivierten Anlagen (mit dem beizulegenden Wert iSv § 202 Abs. 1 UGB, fortgeschriebene Anschaffungskosten), allen Zugängen mit Anschaffungskosten, vermindert um die planmäßige, gegebenenfalls auch außerplanmäßige Abschreibung, angesetzt.

Die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer beträgt für:

Nutzungsdauer Sachanlagen in Jahren	
	Jahre
Technische Anlagen, EDV	3-5
Investitionen in gemieteten Objekten	10
Technische Anlagen und Maschinen	3-10
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3-10

Im Geschäftsjahr wurden außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von 301,4 T€ vorgenommen.

Die geringwertigen Vermögensgegenstände werden nach ihrem Verwendungszweck in Gruppen zusammengefasst und dementsprechend entweder im Jahr der Anschaffung zur Gänze oder auf die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Abschreibungen gem. § 13 EStG werden in der Entwicklung des Anlagevermögens (Anlagenspiegel) als Zu- und Abgang gezeigt.

Finanzanlagen

Bei den Ausleihungen handelt es sich um langfristige Mitarbeiter- und Mitarbeiterinnendarlehen (Kreditgewährung im Sinne des Bundes Public Corporate Governance Kodex). Da diese Darlehen gegenüber Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen unverzinst sind, wurden die zukünftigen Raten auf ihren Barwert zum Bilanzstichtag abgezinst (Zinssatz 2,5 %, Vorjahreszinssatz 3,0 %). Im Berichtsjahr bestehen Ausleihungen in Höhe von 65,0 T€ (Vorjahr 68,4 T€) mit einer Laufzeit bis zu einem Jahr.

Umlaufvermögen

Hilfs- und Betriebsstoffe wurden zu Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips bewertet. Die Anschaffungskosten werden nach dem gewogenen Durchschnittspreisverfahren bewertet. Unter diesen Posten werden insbesondere die Vorräte an Büromaterial, EDV-Verbrauchsmaterial und Druckformularen ausgewiesen.

Die im Geschäftsjahr ausgewiesenen noch nicht abrechenbaren Leistungen wurden mit den anteiligen Herstellungskosten, verringert um die Verwaltungs- und Vertriebsgemeinkosten, angesetzt. Im Fall von drohenden Verlusten wurden entsprechende Wertberichtigungen vorgenommen. Vom Wahlrecht, die erhaltenen Anzahlungen mit den noch nicht abrechenbaren Leistungen zu saldieren, wurde im Geschäftsjahr nicht Gebrauch gemacht.

Die Forderungen wurden mit dem Nennwert angesetzt. Für erkennbare Risiken werden Einzelwertberichtigungen gebildet.

Die Zusammensetzung und Entwicklung der Forderungen sind der nachstehenden Aufstellung zu entnehmen:

Forderungen in T€			
	Buchwerte lt. Bilanz	davon Restlaufzeit > 1 Jahr	Einzelwertberichtigung
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	17.810,5	0,0	-59,3
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	492,0	331,8	0,0
Gesamt 2013	18.302,5	331,8	-59,3
Gesamt 2012	12.071,7	331,8	-1,3

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 17.810,5 T€ (Vorjahr 11.704,1 T€) beinhalten im Wesentlichen Leistungsverrechnungen an Ministerien und deren nachgeordnete Dienststellen sowie ausgegliederte Gesellschaften des Bundes.

Die sonstigen Forderungen in Höhe von 492,0 T€ (Vorjahr 367,6 T€) umfassen größtenteils Kautionen aus bestehenden Gebäudemietverträgen in Höhe von 331,8 T€ (Vorjahr 331,8 T€), Forderungen gegenüber Lieferanten aus offenen Gutschriften in Höhe von 38,4 T€ (Vorjahr 15,0 T€) sowie Forderungen gegenüber Mitarbeitern in Höhe von 17,1 T€ (Vorjahr 14,0 T€).

In den sonstigen Forderungen sind Erträge in Höhe von 7,0 T€ (Vorjahr 8,6 T€) enthalten, die erst nach dem Bilanzstichtag zahlungswirksam werden.

Eigenkapital

Stammkapital und Kapitalrücklagen in T€

	31.12.2013	31.12.2012
I. Stammkapital	2.180,2	2.180,2
II. Kapitalrücklagen (nicht gebunden)	21.158,4	21.158,4

Die Kapitalrücklagen resultieren aus der Einbringung des ehemaligen Bundesrechenamtes, aus der Einbringung des Schulrechenzentrums per 01.01.1999 sowie eines Teilbetriebes des Land- und forstwirtschaftlichen Rechenzentrums per 01.04.2000.

III. Gewinnrücklagen

Die Gewinnrücklagen betreffen die gesetzliche Rücklage und andere Rücklagen (freie Rücklagen).

Die Zusammensetzung und Entwicklung der Rücklagen ist nachstehend dargestellt:

Gewinnrücklagen in T€

	Stand 31.12.2012	Zuweisung durch GV	Zuweisung ergebnis- wirksam	Auflösung	Stand 31.12.2013
1. Gesetzliche Rücklage	218,0	0,0	0,0	0,0	218,0
2. Andere (freie) Rücklage	19.548,7	517,3	36,9	-706,5	19.396,4
Gesamt	19.766,7	517,3	36,9	-706,5	19.614,4

Mit Generalversammlungsbeschluss vom 8. Mai 2013 wurden 517,3 T€ in die Gewinnrücklagen eingestellt.

IV. Bilanzgewinn

Nach dem Bundesgesetz über die Bundesrechenzentrum GmbH (BGBl. Nr. 757/1996) § 5 setzt die Bundesrechenzentrum GmbH das Entgelt für ihre Leistungen für die gesetzlich oder durch Verordnung übertragenen Aufgaben nach dem Kostendeckungsprinzip fest.

Der ausgewiesene Gewinn vor Steuern (EGT) von 1.569,3 T€ ergibt mit einem Steueraufwand von 364,1 T€ einen Jahresüberschuss von 1.205,2 T€.

Die Darstellung der Komponenten des Eigenkapitals und ihrer Entwicklung ist auch dem beiliegenden Eigenkapitalsspiegel (Seite 42) zu entnehmen.

Rückstellungen

Die Entwicklung der Rückstellungen ist in zusammengefasster Form im Folgenden dargestellt:

Rückstellungen in T€					
	Stand 31.12.2012	Verbrauch	Auflösung	Dotierung	Stand 31.12.2013
1. Rückstellungen für Abfertigungen	14.226,4	0,0	0,0	1.649,5	15.876,0
2. Steuerrückstellungen	785,2	-785,2	0,0	409,4	409,4
3. Sonstige Rückstellungen	21.025,1	-6.728,3	-349,1	10.293,1	24.240,8
Gesamt	36.036,8	-7.513,5	-349,1	12.352,0	40.526,2

Die Rückstellungen für Abfertigungen wurden für die ArbeitnehmerInnen der BRZ GmbH wie im Vorjahr finanzmathematisch gemäß dem Fachgutachten KFS/RL 2 des Fachsenats für Unternehmensrecht und Revision des Instituts für Betriebswirtschaft, Steuerrecht und Organisation der Kammer der Wirtschaftstreuhandler mit einem Rechnungszinssatz von 2,5 % (Vorjahr 3,0 %) auf Grundlage individueller Pensionsantrittsalter unter Berücksichtigung der Pensionsreform 2004 und unter Zugrundelegung eines Fluktuationsabschlages gebildet. Die Änderung des Rechnungszinssatzes bewirkt eine Aufwandserhöhung von 658,5 T€.

Sonstige Rückstellungen in T€		
	31.12.2013	31.12.2012
Gesamt	24.240,8	21.025,1
Davon:		
Rückstellung für nicht konsumierte Urlaube	7.721,9	7.119,8
Rückstellung für Zeitguthaben	592,4	455,6
Rückstellung für Jubiläumzahlungen	6.432,4	5.654,7
Andere sonstige Rückstellungen	9.494,1	7.795,0

Die Rückstellungen für Jubiläumzahlungen für die ArbeitnehmerInnen der BRZ GmbH und die vom Bund übernommenen Beamten wurden wie im Vorjahr finanzmathematisch gemäß dem Fachgutachten KFS/RL 2 des Fachsenats für Unternehmensrecht und Revision des Instituts für Betriebswirtschaft, Steuerrecht und Organisation der Kammer der Wirtschaftstreuhandler mit einem Rechnungszinssatz von 2,5 % (Vorjahr 3,0 %) auf Grundlage individueller Pensionsantrittsalter unter Berücksichtigung der Pensionsreform 2004 und unter Zugrundelegung eines Fluktuationsabschlages gebildet. Die Änderung des Rechnungszinssatzes bewirkt eine Aufwandserhöhung von 245,7 T€.

Die wesentlichen Posten unter den anderen sonstigen Rückstellungen umfassen Rückstellungen für noch nicht abgerechnete Ansprüche von MitarbeiterInnen (3.454,3 T€), Rückstellungen für ausstehende Eingangsrechnungen (3.673,0 T€), Vorsorge für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften (1.862,0 T€) sowie Rückstellungen für Mietkosten (230,8 T€).

Verbindlichkeiten

Die Zusammensetzung und Entwicklung der Verbindlichkeiten ist dem nachstehenden Verbindlichkeitspiegel zu entnehmen:

Verbindlichkeiten in T€			
	Buchwerte lt. Bilanz	Restlaufzeit ≤ 1 Jahr	Restlaufzeit 1-5 Jahre
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,0	0,0	0,0
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	32.391,5	31.667,8	723,7
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	21.130,7	21.038,2	92,6
Sonstige Verbindlichkeiten	6.403,2	6.403,2	0,0
Gesamt 2013	59.925,5	59.109,2	816,3
Gesamt 2012	70.549,6	70.492,9	56,7

Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mehr als 5 Jahren gibt es im Berichtsjahr sowie im Vorjahr keine.

Sonstige Verbindlichkeiten in T€		
	31.12.2013	31.12.2012
Gesamt	6.403,2	6.222,0
Davon:		
Verbindlichkeiten aus Steuern	2.407,2	2.416,6
Verbindlichkeiten im Rahmen der sozialen Sicherheit	2.320,9	2.200,0
Andere sonstige Verbindlichkeiten	1.675,1	1.605,4

Die anderen sonstigen Verbindlichkeiten setzen sich im Geschäftsjahr 2013 im Wesentlichen aus Verbindlichkeiten aus Ansprüchen gegenüber MitarbeiterInnen (1.274,9 T€), Verbindlichkeiten im Rahmen des Projektes PEPPOL (359,1 T€) sowie Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (36,8 T€) zusammen.

In den sonstigen Verbindlichkeiten sind Aufwendungen in Höhe von 5.897,5 T€ (Vorjahr 5.693,1 T€) enthalten, die erst nach dem Bilanzstichtag zahlungswirksam werden.

Fremdwährungsverbindlichkeiten werden mit dem Anschaffungskurs oder dem höheren Devisenbriefkurs zum Bilanzstichtag bewertet.

Dingliche Sicherheiten gibt es keine.

Eventualverbindlichkeiten

Zum Bilanzstichtag bestehen keine Eventualverbindlichkeiten.

Dauerschuldverhältnisse

Dauerschuldverhältnisse im Zusammenhang mit Sachanlagen in T€

	Folgendes Jahr	Folgende 5 Jahre
Stand 31.12.2013		
Mieten	4.451,7	22.258,3
Leasing	12,0	22,9
Stand 31.12.2012		
Mieten	4.528,6	22.443,0
Leasing	53,8	53,8

Die Mieten betreffen im Wesentlichen Verpflichtungen aus Mietverträgen für Gebäude, die Leasingaufwendungen betreffen ausschließlich Sachanlagen.

Es bestehen weiters langfristige Wartungs- und Werkleistungsverträge.

Erläuterungen zu Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren gemäß § 231 Abs. 2 UGB aufgestellt.

Umsätze

Die Gliederung der Umsatzanteile im Geschäftsjahr erfolgt nach BRZ-Auftragsstruktur in folgende Kundengruppen:

Umsatzanteile nach Kundengruppen in %-Anteilen

	2013	2012
Bundesministerien, nachgeordnete Dienststellen und oberste Organe	93,4 %	93,6 %
Davon:		
Bundesministerium für Finanzen	61,1 %	60,5 %
Bundesministerium für Justiz	16,3 %	17,2 %
Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur	2,7 %	2,8 %
Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend	0,7 %	0,7 %
Andere Bundesministerien, nachgeordnete Dienststellen und oberste Organe	12,7 %	12,4 %
Ausgegliederte Rechtsträger (inkl. Universitäten)	4,9 %	5,1 %
Länder, Gemeinden und Übrige	1,6 %	1,3 %

Die Auslandsumsätze betragen im Berichtsjahr 142,8 T€ (Vorjahr 77,8 T€).

Personalaufwand

In den Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen entfällt auf Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen ein Betrag in Höhe von 662,7 T€ (Vorjahr 617,5 T€). In den Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen in Höhe von 3.138,1 T€ (Vorjahr 2.109,7 T€) sind Aufwendungen für Geschäftsführung und leitende Angestellte der Gesellschaft in Höhe von 45,3 T€ enthalten.

Aperiodische Aufwendungen und Erträge

Im Berichtsjahr sind keine wesentlichen aperiodischen Aufwendungen und Erträge angefallen.

Steuern vom Einkommen

Vom Wahlrecht, latente Gewinnsteuern auf temporäre Differenzen zwischen dem unternehmensrechtlichen und steuerrechtlichen Ergebnis zu aktivieren, wurde nicht Gebrauch gemacht. Der gemäß § 198 Abs. 10 UGB aktivierbare Betrag beträgt 115,2 T€. Im Vorjahr wurde gemäß § 198 Abs. 9 UGB eine Rückstellung für latente Steuern in Höhe von 124,1 T€ ausgewiesen.

Entgelt für Abschlussprüfer

Im Berichtsjahr wurden für die Prüfungsleistungen 31,4 T€ sowie 38,9 T€ für sonstige Beratungsleistungen des Abschlussprüfers ergebniswirksam erfasst.

IV. SONSTIGE ANGABEN

Geschäftsbeziehungen zu nahe stehenden Unternehmen sowie nahe stehenden Personen

Nahe stehende Unternehmen und Personen sind für die Bundesrechenzentrum GmbH vor allem die Republik Österreich und Unternehmen, an denen die Republik Österreich direkt oder indirekt Beteiligungen hält. Alle diesbezüglichen Geschäfte werden zu marktüblichen beziehungsweise zu gesetzlich vorgegebenen Konditionen durchgeführt. Weiters zählen Mitglieder der Geschäftsführung, Prokuristen des Unternehmens, Mitglieder des Aufsichtsrates und deren jeweilige nahe Angehörige für die Gesellschaft zu den nahe stehenden Personen. Mit Ausnahme bestehender Dienstverträge (nach Kollektivvertrag) mit nahen Angehörigen wurden keine Geschäfte mit diesem Personenkreis durchgeführt.

Personal

Zum Bilanzstichtag waren 1.213 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in VBÄ (Vollbeschäftigtenäquivalent) (Vorjahr 1.204 VBÄ) ausschließlich im Angestelltenverhältnis, beschäftigt. Weiters waren wie im Vorjahr 5 Beamte des Bundesministeriums für Finanzen der Bundesrechenzentrum GmbH dienstzugeteilt. Der durchschnittliche Mitarbeiterstand betrug 1.211 VBÄ (Vorjahr 1.207 VBÄ). Für Programmier Tätigkeiten wurden Fremdleistungen von externem Personal (für die Abwicklung von Projekten auf Basis von Time-and-Material Vereinbarungen) in Höhe von 28.520,1 T€ (Vorjahr 36.161,4 T€) bezogen.

Veröffentlichung des Bundes Public Corporate Governance Berichts

Die Veröffentlichung des Bundes Public Corporate Governance Berichts erfolgt auf der Homepage der Bundesrechenzentrum GmbH (www.brz.gv.at).

V. ORGANE DER BUNDESRECHENZENTRUM GMBH

Geschäftsführung

DI Roland Jabkowski, MBA
Mag.^a Christine Sumper-Billinger

Die Gesellschaft wird durch den Geschäftsführer und die Geschäftsführerin gemeinsam oder durch einen von ihnen gemeinsam mit einem Gesamtprokuristen vertreten.

Gesamtprokuristen

Dr. Wilfried Jäger
Ing. Günther Lauer
Dr. Anton Schicho
Mag. Gernot Silvestri
DI Ernst Steiner
Mag. Herbert Wiesböck

Die angeführten Gesamtprokuristen vertreten jeweils gemeinsam mit einem Geschäftsführer oder mit einem weiteren Gesamtprokuristen.

Die Angaben über die Bezüge der Geschäftsführung unterbleiben gemäß § 266 Z 7 UGB. Es wurden keine Vorschüsse, Darlehen oder Haftungen an Mitglieder der Geschäftsführung oder an Mitglieder des Aufsichtsrates gewährt.

Aufsichtsrat

Die Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr stellt sich wie folgt dar:

Mag. Georg Schöppl , Vorsitzender
Dr. Wilfried Pinggera, Vorsitzender-Stellvertreter ¹⁾
Dr. Josef Bosina, Vorsitzender-Stellvertreter ²⁾
Mag.^a Aleksandra Izdebska ²⁾
Mag.^a Alexandra Nussbaumer ²⁾
Mag. Dr. Gerhard Popp
Mag. Günther Simonitsch
Dr. Wolfgang Fellner ¹⁾
Dkfm. Eduard Müller ¹⁾

¹⁾ bis 08.05.2013 – Eintrag Firmenbuch 26.06.2013, ²⁾ ab 08.05.2013 – Eintrag Firmenbuch 26.06.2013

Von der betrieblichen Arbeitnehmervertretung der Gesellschaft entsandte Aufsichtsratsmitglieder:

Ercüment Aytac, MSc ³⁾
Alfred Kramberger
Christian Meidl
Christa Matusich ⁴⁾

³⁾ ab 14.03.2013 – Eintrag Firmenbuch 26.06.2013, ⁴⁾ bis 14.03.2013 – Eintrag Firmenbuch 26.06.2013

An die Mitglieder des Aufsichtsrates (Kapitalvertreter) wurden im Berichtsjahr Vergütungen in Höhe von 16,4 T€ ergebniswirksam.

Die BRZ GmbH ist eine 100%ige Tochter der Republik Österreich. Die BRZ GmbH unterhält das 100%ige Tochterunternehmen Bundesrechenzentrum IT-Solutions GmbH, Wien, sowie Anteile an der ARGE ELAK GmbH & Co OG, Wien.

Wien, am 11. März 2014
Bundesrechenzentrum GmbH



DI Roland Jabkowski, MBA
Geschäftsführer



Mag.ª Christine Sumper-Billinger
Geschäftsführerin

Bei der Summierung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben können durch Verwendung automatischer Rechenhilfen rundungsbedingte Rechendifferenzen auftreten.

Anlagenspiegel 2013

	AK / HK zum 31.12.2012	Zugänge zu AK / HK	Abgänge zu AK / HK
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Software	81.266.534,77	12.675.296,01	-3.067.089,29
II. Sachanlagen			
1. Investitionen in gemieteten Objekten	20.347.895,49	1.579.255,17	-1.603.466,82
2. Technische Anlagen und Maschinen	105.512.067,77	12.531.015,61	-15.734.473,94
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.645.246,89	161.693,25	-307.978,24
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	137.251,52	949.479,70	-22.980,89
	<u>131.642.461,67</u>	<u>15.221.443,73</u>	<u>-17.668.899,89</u>
	212.908.996,44	27.896.739,74	-20.735.989,18
III. Finanzanlagen			
1. Sonstige Ausleihungen	234.496,77	79.155,62	-89.938,64
Gesamt	213.143.493,21	27.975.895,36	-20.825.927,82

Umbuchungen zu AK / HK	AK / HK zum 31.12.2013	kumulierte Abschreibungen	Buchwert zum 31.12.2013	Buchwert des Vorjahres	Abschreibungen (Zuschreibungen) des laufenden Jahres
0,00	90.874.741,49	-62.690.702,43	28.184.039,06	28.362.082,86	12.832.187,04
0,00	20.323.683,84	-12.730.878,55	7.592.805,29	7.523.889,76	1.452.049,03
21.210,18	102.329.819,62	-70.580.346,99	31.749.472,63	34.370.529,11	15.159.705,82
5.031,26	5.503.993,16	-4.783.443,52	720.549,64	1.035.828,71	479.128,56
-26.241,44	1.037.508,89	-16.737,05	1.020.771,84	137.251,52	16.737,05
<i>0,00</i>	<i>129.195.005,51</i>	<i>-88.111.406,11</i>	<i>41.083.599,40</i>	<i>43.067.499,10</i>	<i>17.107.620,46</i>
0,00	220.069.747,00	-150.802.108,54	69.267.638,46	71.429.581,96	29.939.807,50
0,00	223.713,75	-11.438,42	212.275,33	219.924,37	(3.133,98)
0,00	220.293.460,75	-150.813.546,96	69.479.913,79	71.649.506,33	29.936.673,52

BESTÄTIGUNGSVERMERK

Bericht zum Konzernabschluss

Wir haben den beigefügten Konzernabschluss der Bundesrechenzentrum Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Wien, für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2013 bis zum 31. Dezember 2013 geprüft. Dieser Konzernabschluss umfasst die Konzernbilanz zum 31. Dezember 2013, die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, die Konzerngeldflussrechnung und die Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung für das am zum 31. Dezember 2013 endende Geschäftsjahr sowie den Konzernanhang.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Konzernabschluss und für die Buchführung

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind für die Konzernbuchführung sowie für die Aufstellung eines Konzernabschlusses verantwortlich, der ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften vermittelt. Diese Verantwortlichkeit beinhaltet: Gestaltung, Umsetzung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems, soweit dieses für die Aufstellung des Konzernabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns von Bedeutung ist, damit dieser frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist, sei es auf Grund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern; die Auswahl und Anwendung geeigneter Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden; die Vornahme von Schätzungen, die unter Berücksichtigung der gegebenen Rahmenbedingungen angemessen erscheinen.

Verantwortung des Abschlussprüfers und Beschreibung von Art und Umfang der gesetzlichen Abschlussprüfung

Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem Konzernabschluss auf der Grundlage unserer Prüfung. Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, dass wir die Standesregeln einhalten und die Prüfung so planen und durchführen, dass wir uns mit hinreichender Sicherheit ein Urteil darüber bilden können, ob der Konzernabschluss frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen hinsichtlich der Beträge und sonstigen Angaben im Konzernabschluss. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Abschlussprüfers unter Berücksichtigung seiner Einschätzung des Risikos eines Auftretens wesentlicher Fehldarstellungen, sei es auf Grund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern. Bei der Vornahme dieser Risikoeinschätzung berücksichtigt der Abschlussprüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung des Konzernabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns von Bedeutung ist, um unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen geeignete Prüfungshandlungen festzulegen, nicht jedoch um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit der internen Kontrollen des Konzerns abzugeben. Die Prüfung umfasst ferner die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und der von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des Konzernabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass wir ausreichende und geeignete Prüfungsnachweise erlangt haben, sodass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil darstellt.

Prüfungsurteil

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss nach unserer Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2013 sowie der Ertragslage des Konzerns und der Zahlungsströme des Konzerns für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2013 bis zum 31. Dezember 2013 in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung.

Aussagen zum Konzernlagebericht

Der Konzernlagebericht ist auf Grund der gesetzlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Konzernabschluss in Einklang steht und ob die sonstigen Angaben im Konzernlagebericht nicht eine falsche Vorstellung von der Lage des Konzerns erwecken. Der Bestätigungsvermerk hat auch eine Aussage darüber zu enthalten, ob der Konzernlagebericht mit dem Konzernabschluss in Einklang steht.

Der Konzernlagebericht steht nach unserer Beurteilung in Einklang mit dem Konzernabschluss.

Wien, am 11. März 2014

Deloitte Audit Wirtschaftsprüfungs GmbH

gez.
Mag. Gerhard Marterbauer e.h.
Wirtschaftsprüfer

gez.
ppa. Mag. Andrea Kraus e.h.
Wirtschaftsprüfer

Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Konzernabschlusses mit unserem Bestätigungsvermerk darf nur in der von uns bestätigten Fassung erfolgen. Dieser Bestätigungsvermerk bezieht sich ausschließlich auf den deutschsprachigen und vollständigen Konzernabschluss samt Konzernlagebericht. Für abweichende Fassungen sind die Vorschriften des § 281 Abs 2 UGB zu beachten.

IMPRESSUM

Bundesrechenzentrum GmbH (BRZ GmbH)

Herausgeber, Medieninhaber & Redaktion:

Bundesrechenzentrum GmbH
Hintere Zollamtsstraße 4
1030 Wien
www.brz.gv.at

Layout & Grafik:

gantnerundenzi

© Bundesrechenzentrum GmbH



